



Essays

Luis Durnwalder
Barbara Zehnpoßnigg

Aktuelles

Andrássy Netz-
werktag
Studienjahres-
eröffnung
Diplomübergabe

Portrait

Dietrich F. R. Pohl
Attila Vincze

andrássy

NACHRICHTEN

2013

Sommersemester

NACHRICHTEN
DER ANDRÁSSY
GYULA DEUTSCH-
SPRACHIGEN
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

IMPRESSUM

4. Ausgabe der Andrassy Nachrichten (3. Jahrgang, 1. Ausgabe),
Auflage: 1000 Stück, Erscheinungsdatum: 25.02.2013

Herausgeber: Prof. Dr. András Masát, Rektor der Andrassy
Universität Budapest
V.i.S.d.R.: Dóra Frey
Design: Bencium Grafikbüro
Layout und Satz: Peter Schützhold
Druck: H-ART Kft.

Abbildungen: S. 3, Alpenhof Rückseite, Martin Terber, CC BY 2.0,
http://farm1.staticflickr.com/151/430479263_ba3f810cc0_o_d.jpg, 29.01.2013; S. 7, Die Mauer, Andy Ducker, CC BY-SA 2.0,
<http://www.flickr.com/photos/andyduc/6807145278/>, 29.01.2013.
Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte der
weiteren Abbildungen bei der Andrassy Universität Budapest
oder den jeweiligen AutorInnen.

Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest
Pollack Mihály tér 3.
H-1088 Budapest
Telefon: +36 1 266 3101
Fax: +36 1 266 3099
uni@andrassyuni.hu
www.andrassyuni.eu

USt-Id-Nr.: HU18173967

2013/1

Zahlreiche Interessierte und Unternehmen beim
3. Andrássy Netzwerktag

SEITE 11



INHALT



Kooperationsvereinbarung
mit der Universität
Bamberg bei der Studien-
jahreeröffnung – S. 12



Hans Kaiser, Minister a.D.
auf der Konservativismus-
konferenz – S. 20

VORWORT	2
AUTONOMIE – GRUNDLAGE FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND FRIEDLICHES ZUSAMMENLEBEN DER SPRACHLICHEN MINDERHEITEN - Dr. Luis Durnwalder	3
DIE GRENZE IM KOPF – MENTALE PRÄGUNGEN DURCH DAS LEBEN IM TOTALITÄREN SYSTEM: DAS BEISPIEL DDR - Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig	7
AKTUELLES - Andrássy Netzwerktag, Studienjahreeröffnung und Diplomübergabe, Herbstball, Neue Kooperationsvereinbarung, Türkischer Europaminister an der AUB	11
PORTRAIT - Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl & Dr. Attila Vincze	15
FORSCHUNG UND TAGUNGEN - netPOL, Politische Kultur in der Demokratie, Konferenz zur Lage des Konservativismus, Jüdisches Leben im Grenzraum, Bewegtes Mitteleuropa, Südtirol	18
STUDIERENDE UNTERWEGS - Brüssel-Exkursion	28
NACHRICHTEN DES ALUMNI-VEREIN - 3. Generalversammlung, Alumni-Stammtisch in Wien, Alumni an der Belgischen Botschaft	29
KURZE NACHRICHTEN - Universität, Fakultäten, Doktorschule, Donau-Institut, Personalia	30

Vorwort

Liebe Freunde
der Andrássy Universität,

die 4. Ausgabe unserer *Nachrichten* liegt vor Ihnen, um den Lesern im In- und Ausland erneut einen Einblick in unser Alltagsleben zu gewähren. Die Aufgaben werden immer komplexer, und die wachsende Zahl unserer Projekte im wissenschaftlichen, (kultur-)politischen und organisatorisch-verwaltungstechnischen Bereich ist ein Beweis für das unermüdliche Bestreben aller Angehörigen dieser jungen Universität, unsere Alma Mater in allen diesen Bereichen zum weiteren dynamischen Fortschritt zu verhelfen. Innerhalb der Universität werden immer mehr fakultätsübergreifende Vorhaben in der Lehre und in der Forschung ausgeführt, und außerhalb der Universität können wir immer gezielter Partner für unsere Projekte finden, die gerne mit uns gemeinsame Forschungsziele verwirklichen wollen. Das Jahr 2013 wird in Ungarn besondere Möglichkeiten mit sich bringen: Die ungarische Regierung übernahm gleich am Beginn des Jahres die Präsidentschaft der sog. "Zentraleuropäischen Initiative" (ZEI), der neun EU- und neun Nicht-EU-Länder angehören, und



ab dem 1. Juli wird turnusmäßig auch die Präsidentschaft der sog. *Visegrád-Gruppe*, (auch als V4 bezeichnet) auf Ungarn übertragen. In beiden Fällen wird naturgemäß die regionale Zusammenarbeit im Fokus stehen, und dadurch werden auch in der Forschung und Lehre die mitteleuropäischen Verwurzelungen an Bedeutung gewinnen. Unsere Tätigkeit an der AUB wird dadurch noch wichtiger, sichtbarer und eindeutiger, denn wir stellen ein europäisches Modellprojekt dar, mit besonderen mitteleuropäischen Beziehungen und Möglichkeiten. Ihnen allen, die unsere Universität

fördern, unterstützen und unsere Veranstaltungen besuchen, wünsche ich mit diesen Gedanken einen guten Start ins Jahr 2013, unseren Studierenden ein spannendes Studium, meinen Kollegen eine interessante Lehrtätigkeit und schöne Monate im kommenden Sommersemester:

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which reads "András Masát". The signature is written in a cursive, flowing style.

András Masát
Rektor

Autonomie

—

Grundlage für regionale Entwicklung und friedliches Zusammenleben der sprach- lichen Minderheiten

von
Dr. Luis Durnwalder,
Landeshauptmann von Südtirol

Ist eine Autonomie die Grundlage für eine gedeihliche regionale Entwicklung? Und ist sie die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben sprachlicher Minderheiten? Fragen, die so einfach nicht zu beantworten sind, vor allem dann nicht, wenn man sie nicht allein theoretisch diskutiert, sondern auch in die Praxis umzusetzen versucht. Denn dann kommen all die Eigenheiten mit ins Spiel, die die Situationen sprachlicher Minderheiten in der Welt so verschieden, so einzigartig machen: der geschichtliche Hintergrund, die kulturellen Ausprägungen, die sprachliche Verwurzelung, die Mentalitäten und nicht zuletzt die strukturellen, sozialen, wirtschaftlichen Voraussetzungen. All diese Faktoren spielen mit in die Antwort auf die eingangs gestellten Fragen hinein und sorgen dafür, dass diese so leicht nicht gegeben werden kann. Sie sorgen zudem dafür, dass das Südtiroler Autonomiemodell zwar als ein Beispiel, als ein Vorbild gelten kann, nicht aber als Blaupause zur Lösung aller Minderheitenkonflikte.

Trotzdem: Es gibt ein paar Instrumente im Rahmen unserer, der Südtiroler Autonomie, die – das traue ich mich zu verallgemeinern – universal anwendbar und durchaus im Sinne der Bevölkerung sind. Um sie allerdings herauszudestillieren, um sie von den typisch Südtiroler Lösungen, um sie demnach von unseren Eigenheiten zu trennen, muss man letztere kennen: die Eigenheiten, die Entwicklung, die Geschichte Südtirols. Es sei deshalb erlaubt, einen Blick auf diese Südtiroler Eigenheiten zu werfen. Und dieser Blick muss zwei Richtungen haben: einen auf die Geschichte, zumindest die Zeitgeschichte Südtirols und den anderen auf die Zusammensetzung unserer Gesellschaft, wobei das eine das andere in einem hohen Maße bedingt. Südtirols Geschichte oder – noch einmal – besser: seine Zeitgeschichte beginnt als gemeinsame Geschichte mit Ungarn, als Kronland im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn, als Teil der k.u.k.-Monarchie, die Anfang des 20. Jahrhunderts halb Mitteleuropa umfasste. Südtirol geht damit als Teil Österreichs ins 20. Jahrhundert, als Teil eines Staates

also, dem es bereits seit hunderten Jahren angehört. Entsprechend ist die Gesellschaft zusammengesetzt: von den etwa 220.000 Einwohnern Anfang des Jahrhunderts spricht der Löwenanteil deutsch, ein kleinerer, über die Jahre auch relativ stabiler Anteil von etwa fünf Prozent ladinisch und mit 8.900 Menschen gerade einmal rund vier Prozent italienisch. Wer die Geschichte kennt, der weiß allerdings, dass sie auf diese Realität keine Rücksicht genommen hat, galt Anfang des 20. Jahrhunderts das Völkerrecht in der globalen Politik doch noch relativ wenig, die Realpolitik dafür aber umso mehr. Primäre politische Währung war damals die Macht, und deren Verhältnis hat sich mit dem Ersten Weltkrieg, dieser Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, gewaltig und unwiederbringlich verschoben. Am Ende des Blutens und Sterbens auf den Schlachtfeldern in Frankreich und Russland, aber auch in unseren Bergen liegt Österreich-Ungarn in Scherben, die sich die Siegermächte als Kriegsbeute sichern. Das gilt auch für Italien, das bereits Jahrzehnte vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs Richtung Norden schießt, Richtung Brenner, weil dieser niedrigste Alpenübergang als strategischer Faktor gilt. Nun, nach Ende des Weltkriegs und als Teil der Sieger-Koalition, sichert sich Italien diesen strategischen Faktor und heimst Südtirol als Kriegsbeute ein.

Das Land ist ab 1919 demnach Teil des Königreichs Italien und driftet mit diesem in den folgenden Jahren unaufhaltsam Richtung Diktatur. Gerade dieser Diktatur, die sich auf „völkische“ Elemente stützt, sind die Deutschen in Südtirol aber ein Dorn im Auge, hat Italien doch italienisch zu sein: von der Stiefelspitze bis zu den Alpen. Was mit der Machtergreifung des Faschismus' beginnt, sind die rund 20 schwärzesten Jahre in Südtirols Geschichte: Deutsch wird im ganzen Land als Umgangssprache verboten, deutsche Schulen werden geschlossen, deutsche Ortsnamen getilgt, ja sogar deutsche Vor- und Nachnamen kurzerhand ins Italienische übertragen. Dazu forciert das faschistische Regime die Einwanderung von Italienern nach Südtirol, sodass aus den ursprünglich 8.900 über 100.000 werden. Das Ziel

war klar: aller Welt sollte vor Augen geführt werden, dass Südtirol ein natürlicher Teil Italiens ist.

Die Katastrophen scheinen demnach für Südtirol in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kein Ende zu nehmen: Auf den Ersten Weltkrieg und die Loslösung vom Vaterland Österreich folgt die Zwangsitalianisierung durch den Faschismus, darauf wiederum der Zweite Weltkrieg und auch das Ende dieser größten Katastrophe der Menschheitsgeschichte bringt für Südtirol kein wirkliches Aufatmen. Erneut wird den Südtirolern nämlich das Selbstbestimmungsrecht verwehrt, das Land wird 1946 abermals Italien zugeschlagen. Österreich kann – mit Hilfe der Alliierten – „nur“ erreichen, dass im so genannten Pariser Vertrag den Südtirolern eine Autonomie zugesichert wird, die ihr kulturelles, soziales und wirtschaftliches Überleben sichern soll. Frucht dieses Pariser Vertrags ist zunächst das Erste Autonomiestatut, das eines war, das von oben über Südtirol gestülpt worden ist. Und nicht nur über Südtirol, sondern zugleich auch über das benachbarte Trentino, sodass die deutschen und ladinischen Südtiroler zu einer Minderheit in der eigenen Region wurden.

Südtirol verfügt demnach Anfang der 1950er zwar über eine Autonomie, zumindest auf dem Papier, letztendlich ist diese Autonomie aber nicht der erwünschte, der erhoffte „Garant für das friedliche Zusammenleben“, wie das Thema dieses Aufsatzes vorgibt. Im Gegenteil: die ethnischen Spannungen nehmen zu, entladen sich in den späten 1950ern, Anfang der 1960er Jahre gar in Bombenanschlägen, die Gleichstellung der Sprachen und Sprachgruppen gibt es nur auf dem Papier, eine wirtschaftliche Entwicklung findet nicht statt. Stattdessen wird die Zuwanderung vom Süden weiter forciert.

Die Lektion, die wir aus dem Ersten Südtiroler Autonomiestatut lernen, ist demnach: Autonomie ist kein Allheilmittel, vor allem dann nicht, wenn das System, auf dem sie ruht, nicht gemeinsam mit der betroffenen Bevölkerung erarbeitet wird. Und auch dann nicht, wenn die für die Entwicklung einer Gesellschaft wichtigsten Bereiche aus

dem autonomen Kompetenzgefüge ausgeklammert bleiben.

Dies ändert sich erst mit dem Zweiten Autonomiestatut, das – auch auf internationalen Druck (Südtirol ist Anfang der 1960er Gegenstand mehrerer Debatten vor der UNO-Generalversammlung) hin, vor allem aber nach langen, zähen, bis ins letzte Detail gehenden Verhandlungen zwischen Rom und Bozen – 1972 in Kraft tritt. Das Zweite Autonomiestatut ist das erste, das die Bezeichnung „Autonomie“ auch wirklich verdient, denn zum ersten Mal ist die Autonomie nicht mehr eine von Staates Gnaden.

Was aber hat das Zweite Autonomiestatut, was das Erste nicht hat? Zuallererst ein System klarer Gewaltenteilung, und zwar nicht nur (aber auch) im Sinne Montesquieus, sondern im Sinne eines Systems, in dem die Einflussbereiche von Region (wenige), Staat (einige, wie etwa Finanzen, Gericht, Sicherheit, ...) und Land (die meisten) klar getrennt werden. Es gibt nun klare Spielregeln für die Verwaltung der autonomen Bereiche, es gibt primäre Kompetenzen (solche, in denen für Südtirol als Rahmen nur die italienische Verfassung und das EU-Recht gelten) und sekundäre, also solche, in denen Südtirol sich auch an die staatliche Rahmengesetzgebung halten muss.

Darüber hinaus zementiert das Zweite Autonomiestatut drei Säulen, auf denen das Autonomie-Gebäude sicher ruht: die Zweisprachigkeit in Ämtern und öffentlichen Diensten, die die Beteiligung aller Bürger am demokratischen Prozess sichert, den ethnischen Proporz im öffentlichen Dienst und im Regierungssystem, der die Vertretung der Sprachgruppen je nach ihrer anteilmäßigen Stärke und damit die Mitsprache in Regierung und Verwaltung sichert, sowie den Unterricht in der Muttersprache, der vor allem die ethnischen Identitäten sichert.

Auf der Grundlage dieses Zweiten Autonomiestatuts hat 1972 in Südtirol eine politische wie wirtschaftliche Erfolgsgeschichte begonnen. In 40 Jahren wurde aus einer Krisenprovinz im Herzen Europas ein – bei aller Bescheidenheit – Musterland des ethnischen Zusammenlebens, aus

einem wirtschaftlich rückständigen, durch und durch agrarisch geprägten Auswandererland ein Vorzeigeland mit einem der höchsten Bruttoinlandsprodukte pro Kopf und einer der niedrigsten Arbeitslosenraten in ganz Europa. Sicher, es ist nicht allein die Autonomie, die diese Erfolgsgeschichte geschrieben hat, auch andere Faktoren (das Aufblühen des Tourismus' etwa) haben mitgewirkt. Nur: Die Autonomie gibt uns die Möglichkeit, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vor Ort zu gestalten, zu fördern, zu unterstützen, Entscheidungen nahe am Bürger zu treffen, das Ohr am Bürger zu haben und so schnell und flexibel auf Missstände zu reagieren. Denn klar ist: Je kleiner die zu verwaltende Einheit, desto kürzer sind Entscheidungswege, desto zielgerichteter die Maßnahmen, die man setzt, desto unmittelbarer ihre Auswirkungen. Dies, so bin ich überzeugt, ist das eigentliche Erfolgsgeheimnis der Autonomie. Zumindest jenes, das sich auf die soziale, auf die wirtschaftliche, auf die kulturelle Entwicklung bezieht.

Was dagegen das ethnische Zusammenleben betrifft, so liegt das Erfolgsgeheimnis in der gleichberechtigten Beteiligung aller Sprachgruppen am politischen Prozess. Dadurch, dass niemand übervorteilt wird, dass niemand außen vor bleibt, wächst die Identifikation mit den politischen Entscheidungen und dadurch die Stabilität des politischen und gesellschaftlichen Systems. Wir treffen Tag für Tag Entscheidungen, die ethnische Konsequenzen haben, die sich auf die unterschiedlichen Sprachgruppen im Land unterschiedlich auswirken, zu denen die Sprachgruppen vielleicht auch ganz andere Zugänge haben. Und die Entscheidungsfindung, das möchte ich nicht schönreden, verläuft auch nicht immer reibungslos. Nur: Die Entscheidungsfindung verläuft demokratisch, samt der Sicherung der Rechte der Minderheiten. Und die Entscheidungsfindung verläuft so, dass alle Seiten gehört und berücksichtigt werden.

Ein Beispiel kann dies verdeutlichen: jenes der Ortsnamengebung. Im Zuge der Italianisierungspolitik der

Faschisten in den 1920er und 1930er Jahren waren alle Südtiroler Orts- und Flurnamen – die meisten davon deutsch, in den ladinischen Tälern ladinisch, in jedem Fall aber historisch gewachsen – durch italienische Begriffe ersetzt worden, die zum Teil Übersetzungen der ursprünglichen Bezeichnungen, zum Teil auch frei erfunden waren. Für die Namen der großen Ortschaften hat man bereits vor Jahren eine Lösung gefunden, indem alle zwei- bzw. dreinamig geführt werden, doch was war mit den Flurnamen? Mit Namen von Bergen und Almen, Weilern und Wäldern, Bächen und Flüssen? Sie gibt es seit mittlerweile rund 80 Jahren – zumindest offiziell – nur auf Italienisch, weil eine Neuregelung stets am Widerstand der extremen Lager gescheitert war. Das rechte deutsche Lager wollte partout alle italienischen Bezeichnungen tilgen, das rechte italienische ebenso partout alle beibehalten.

Erst in Verhandlungen der gemäßigten Kräfte im deutsch-ladinischen und im italienischen Lager hat man – nach Jahrzehnten erfolgloser Versuche – einen Kompromiss gefunden, der – so glauben, so hoffen wir zumindest – allen und allem gerecht wird. „Allen“ dadurch, dass eruiert wird, welche Namen überhaupt im Gebrauch sind, weil man 80 Jahre Geschichte nicht einfach auslöschen kann. Ob faschistischen Ursprungs oder nicht: Viele italienische Flurnamen sind ins Kulturgut dieser Sprachgruppe im Land eingegangen und deshalb Teil ihres Heimatrechts. Und „allem“ glauben wir dadurch gerecht geworden zu sein, neben der Entwicklung in den letzten Jahrzehnten eben auch die historische Wahrheit nicht außer Acht lassen, indem hunderte Namen wieder in ihre ursprüngliche Form zurückversetzt werden.

Man sieht an diesem Beispiel, dass die Autonomie einen Rahmen vorgibt, der vieles möglich macht, dass sie aber nur zum Tragen kommen kann, wenn die beteiligten Sprachgruppen sich nicht entgegenstehen, wenn sie sich nicht als Feinde, sondern als Partner sehen, wenn nicht die Ideologie im Vordergrund steht, sondern der Willen, Probleme anzugehen und zu lösen. Südtirol hat

diese Entwicklung glücklicherweise nachvollzogen, unser Leben hat sich von einem Gegeneinander der Sprachgruppen über ein Nebeneinander zu einem Miteinander entwickelt. Und der Wunsch ist, dass sich dieses in den nächsten Jahren noch weiter zu einem Füreinander wandelt. Die strukturelle Basis dafür ist jedenfalls gelegt und sie trägt den Namen „Autonomie“.

Die Autonomie mag demnach ein Baustein sein, es bedarf aber auch des richtigen gesellschaftlichen Zugangs zu dieser Autonomie, um sie zu einem Erfolgsmodell zu machen. Ich will nicht verhehlen, dass Südtirol lange gebraucht hat, um diesen Zugang zu finden, dass die Autonomie lange bestenfalls als notwendiges Übel akzeptiert, durchaus aber auch offen angefeindet worden ist. Vor allem von denen, die durch den Einbezug aller Sprachgruppen Privilegien eingebüßt hatten. Es ist demnach klar, dass die Südtiroler Autonomie nicht eins zu eins auf andere Realitäten übertragen werden kann, samt der Garantie einer ähnlich furiosen Entwicklung. Das ist die erste Lehre aus unserer Geschichte und Entwicklung.

Die Zweite ist: Das Modell Südtirol umfasst einige zentrale Bausteine, ohne die eine Autonomie nicht denkbar ist. Diese Bausteine kann man – angepasst

Staaten eine solche nur sehr ungern gewähren. In Südtirol haben wir daher eine Regelung gefunden, die uns ein Mitsprachrecht auf einige Staatssteuern einräumt, ansonsten aber neun Zehntel aller in Südtirol eingehobenen Steuern sichert. Zwar ist diese Regel derzeit aufgrund der mit allen Mitteln vorangetriebenen Sanierung des Staatshaushalts unter enormem Druck, in „normalen“ Zeiten hat sich die Regelung allerdings bewährt.

Der dritte Baustein ist die Berücksichtigung aller Landessprachen in Ämtern und öffentlichen Diensten. Der Bürger muss die Möglichkeit haben, mit den Behörden in seiner Muttersprache zu kommunizieren, ansonsten läuft man Gefahr, Bürger erster und zweiter Klasse zu schaffen.

Der vierte Baustein ist der ethnische Proporz im öffentlichen Dienst und im Regierungssystem. Die Angehörigen der einzelnen Sprachgruppen müssen im Verhältnis ihrer zahlenmäßigen Stärke im öffentlichen Leben, vor allem aber in Regierung und Verwaltung vertreten sein. Dies schafft der Autonomie einen stabilen Boden, keiner kann sich ausgeschlossen fühlen, eine Übervorteilung von Minderheiten ist nicht möglich.

Und der fünfte Baustein ist der Unterricht in der Muttersprache,

allerdings vergessen, dass wir seit über 65 Jahren daran bauen, dass wir das erste Autonomiegebäude nach einem Vierteljahrhundert eingerissen haben, weil es instabil war und es durch alle Fenster und Türen gezogen hat. Seit 40 Jahren wohnen wir nun in einem neuen, größeren, komfortableren, stabilen, sicheren Autonomiegebäude, in dem sich mittlerweile der Großteil der Bewohner wohl fühlt.

Also: Autonomie ist kein Spaziergang, Autonomie ist nicht Friede, Freude, Eierkuchen. Autonomie ist vielmehr harte Arbeit, und zwar Tag für Tag, weil man Tag für Tag am Ausgleich arbeitet, an der Entwicklung, daran, dass keine ethnische Gruppe zu kurz kommt. Aber eines ist sicher: Diese Arbeit, so anstrengend sie auch sein mag, lohnt sich!

Am 26. September 2012, im Rahmen des Südtirol-Tages, besuchten Gäste vom Partnerland Autonome Region Trentino-Südtirol die Andrassy Universität Budapest. Am Abend hielt Dr. Luis Durnwalder einen Vortrag, welchen Sie hier in gedruckter Form finden.

Autonomie ist kein Spaziergang, Autonomie ist nicht Friede, Freude, Eierkuchen.

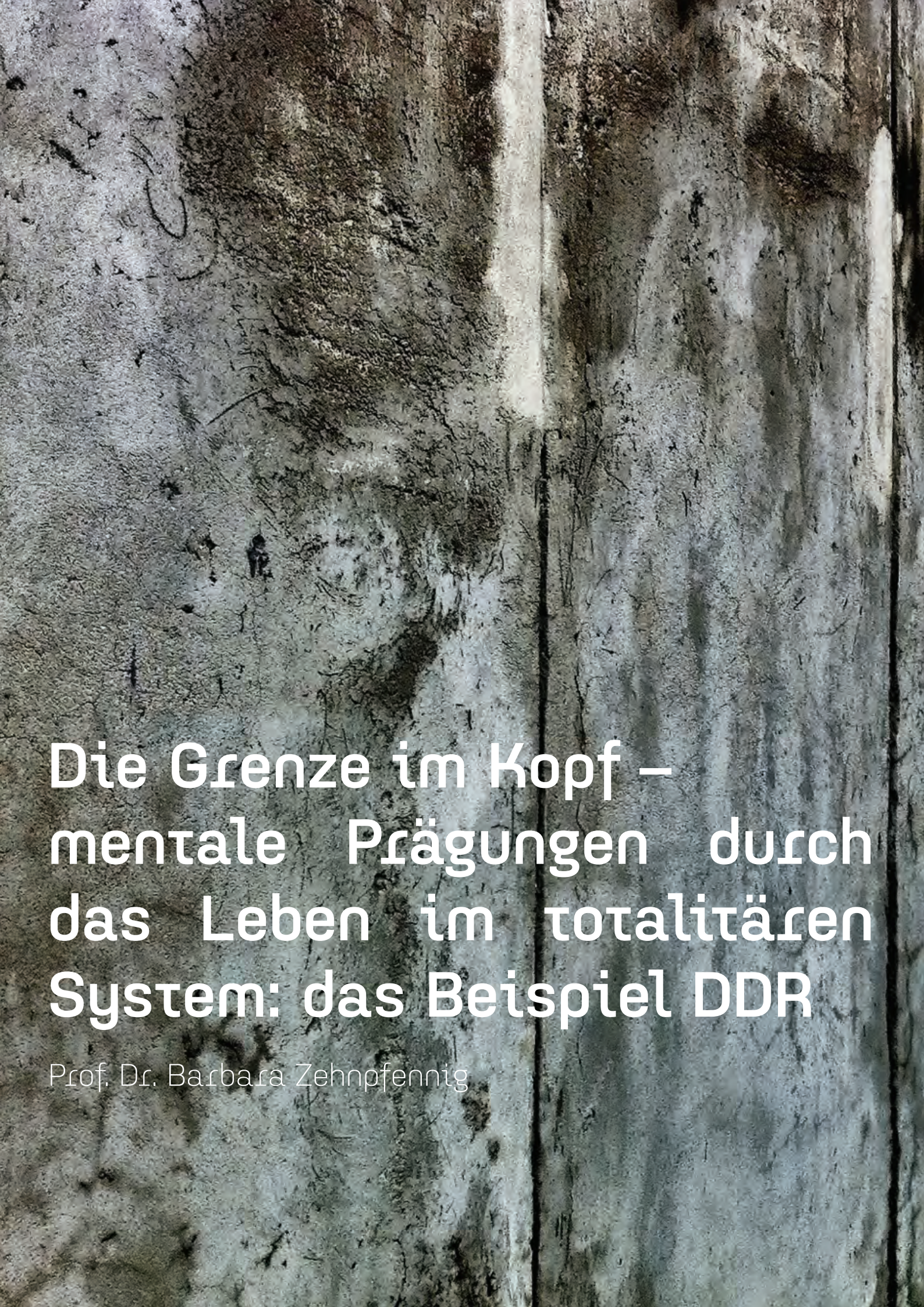
an die jeweilige historische, kulturelle und gesellschaftliche Situation – auch auf andere Minderheitensituationen übertragen. Der erste Baustein ist dabei die klare Aufgabenteilung zwischen Staat und autonomer Region, wobei der Region alle Bereiche zustehen müssen, die einen unmittelbaren Einfluss auf ihre Entwicklung haben, vor allem aber die kulturellen Bereiche. Sie sind zentral für die Entwicklung der Identitäten und daher müssen sie dem Staat entzogen werden.

Der zweite Baustein ist – das klingt zwar etwas prosaisch, wir wissen aber alle, wie der Hase läuft... – eine gesicherte, nicht vom Gutdünken des Staates abhängende Finanzierung der Autonomie. Der Idealfall wäre mit Sicherheit eine Finanzautonomie, doch zeigt die Erfahrung, dass die

der den Minderheiten das kulturelle Überleben sichert. Mehr noch: Es geht hier nicht nur um den Unterricht in der Muttersprache, sondern auch um die Freiheit, diesen Unterricht so zu gestalten, wie dies der eigenen Sprachgruppe zugute kommt. Oder anders: Die muttersprachlichen Schulen müssen pädagogisch-organisatorisch voneinander getrennt und auch getrennt voneinander finanziert werden, damit die Autonomie der muttersprachlichen Schulen gewahrt bleibt.

Baut man eine Autonomie auf diesen fünf Ecksteinen auf, dann denke ich, dass sich daraus ein Gebäude ergibt, das Bestand hat, das sich sehen lassen kann, vor allem aber eines, in dem die Bürger gerne leben. In Südtirol steht dieses Gebäude nun, niemand sollte





Die Grenze im Kopf – mentale Prägungen durch das Leben im totalitären System: das Beispiel DDR

Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig

Dass es auch mehr als 20 Jahre nach der friedlichen Revolution noch große Unterschiede zwischen den Einstellungen der Menschen in Ost und West gibt, lässt sich schwerlich leugnen. Exemplarisch für die deutlich andere Wahrnehmung der deutschen Wirklichkeit seitens eines nicht unwesentlichen Teils ehemaliger DDR-Bürger sei jene Frau mittleren Alters zitiert, die 2010 in einem FAZ-Artikel Auskunft über ihre aktuelle Befindlichkeit gab.

Nach ihren Erfahrungen mit dem Leben in der Bundesrepublik empfindet sie die Wende als „menschlichen und kulturellen Abstieg. Menschen würden im Westen zu Robotern gemacht, systematisch ausgebeutet. Das Wort Mobbing habe es in der DDR nicht gegeben. Und als alleinerziehende Mutter sei sie damals bestens versorgt gewesen. Schavan oder von der Leyen? Habe man früher nicht gebraucht. Meinungsfreiheit? Bringe nichts, weil die Meinung der Bürger eh keinen interessiere. Reisefreiheit? Wilhelm Busch habe gesagt: ‚Froh schlägt das Herz im Reisekittel, vorausgesetzt, man hat die Mittel.‘ Solche Autoren stünden heute nicht mehr auf dem Lehrplan.“⁴¹

Wenn man das liest, drängt sich die Frage auf, wie es zu einer solch einseitigen Beurteilung des alten und des neuen Systems kommen kann. Warum wird hier die Vergangenheit derart idealisiert und die Gegenwart so dämonisiert? Jenseits der allgemein-menschlichen Tendenz, die Vergangenheit zu verklären, ist das Zitat ganz offensichtlich Ausdruck einer speziellen Wahrnehmung der Wirklichkeit aufgrund der geistigen Prägung, die das Leben im Sozialismus bewirkte. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind nicht nur psychologisch zu erklären; es sind Unterschiede des Denkens als Ergebnis der unterschiedlichen ideologischen Grundlagen der beiden Systeme. Weil die Bedeutung dieser Differenz des Denkens immer noch systematisch unterschätzt wird, soll nun ein Blick auf die geistige Wirklichkeit der DDR geworfen werden. So lässt sich vielleicht besser verstehen, weshalb das Zusammenwachsen noch immer solche Schwierigkeiten bereitet.

1. Die Rolle des Zentralismus

Der Zentralismus war ein wesentliches Strukturmerkmal des „real existierenden“ Sozialismus. Die faktische Einparteienherrschaft (die anderen Parteien neben der SED fungierten bekanntlich als Blockparteien) hatte zu einer sehr weitgehenden Zentralisierung der Macht geführt. Diese Konzentration der Macht in einem Punkt konnte in ihrer wahren Dimension nicht klar erkannt werden, solange der Staatssicherheitsdienst als Apparat neben der Partei verstanden wurde. Doch die Auffassung, die Stasi hätte eine relativ eigenständige Position gegenüber der Partei führen können, entspricht nicht den Realitäten: Die zentrale Rolle der Partei war in der Verfassung verankert, zudem war es das Selbstverständnis der Stasi, „Schild und Schwert“ der Partei zu sein. Nominell und faktisch wurde der sozialistischen Einheitspartei ein klarer Vorrang vor allen anderen Institutionen („demokratischer Zentralismus“) eingeräumt.

Aufgrund dessen wurde auch die völlige Durchdringung aller Lebensbereiche mit der Parteidoktrin angestrebt; eine Trennung von Politik und Gesellschaft gab es nicht. Was bedeutet es nun, in einem System zu leben, in dem alles auf ein Machtzentrum zuläuft, das nicht nur die politische Macht, sondern auch die Deutungsmacht hat?

Zunächst einmal bedeutet es, dass die Wahrheit bereits gefunden ist; der Hort der Wahrheit ist die Partei. Die entscheidenden Fragen sind alle geklärt. Was noch offen ist, ist, wie die nicht mehr bestreitbaren Einsichten in praktische Maßnahmen umzusetzen sind. Es wurde zwar offiziell konzediert, dass das kommunistische Ideal noch nicht erreicht ist, zugleich wurde aber versichert, man befinde sich auf bestem Wege dorthin.

Für den Einzelnen gab es zwei Möglichkeiten, auf den ideologischen Wahrheitsanspruch zu reagieren. Beide Möglichkeiten führen zu jeweils unterschiedlichen existentiellen Konsequenzen. Hat man die Lüge erkannt, so muss man doch in ihr leben, was zwangsläufig das Leiden an der eigenen inneren Zerrissenheit und an den Widersprüchen zwischen Wahrnehmung und äußerem Verhalten nach sich

zieht. Wenn man jedoch glaubt, was die Ideologie vorgibt, so darf man über die entscheidenden Fragen nicht mehr nachdenken, weil die Antwort schon da ist. Man hat sein Leben aus der Hand gegeben – der Horizont ist abgeschlossen. Stagnation und Abhängigkeit sowie der Verlust der Selbstverantwortung sind unabwendbare Folgen für das Individuum.

Die Erfahrung mit einer monistischen Welterklärung und das Fehlen jeglicher Form von Pluralismus blieben jenseits des individuellen Reaktionsmusters auch im gesellschaftlichen Bereich nicht ohne Wirkung. Für den Westen ist der Pluralismus und damit einhergehend der Individualismus gleichsam das Lebenselixier, was sich u.a. in einer Vielzahl von Meinungen und Lebensentwürfen widerspiegelt. Um die Wahrheit muss gerungen werden, jeder hat ein Recht auf seinen eigenen Weg. Aus östlicher Perspektive war Individualismus Ausdruck des Egoismus und als solcher schlicht die Infragestellung der Gemeinschaft. Dissens wurde als Abweichung verstanden, Streit als Leugnung der bereits gefundenen Wahrheit. Wenn man eine solche Prägung erfahren hat, dann erscheint der westliche Parteienstreit als Orientierungslosigkeit bzw. Gruppenegoismus. Im individuellen Bereich kann das Anders-Sein-Wollen nur als Negation des anderen bewertet werden.

Die unterschiedliche Bewertung desselben Phänomens zeugt vom Erfolg der ideologischen Prägung, war es doch deren erklärtes Ziel, das Denken und die Wahrnehmung der Menschen grundlegend zu ändern. Letztlich ging es um die Schaffung eines „neuen Menschen“, der sich vom individualistischen zum gesellschaftlichen Wesen gewandelt hat. Der „alte Mensch“ hatte – so Marx & Co – jenes Elend heraufbeschworen, nämlich die Ausbeutung im Kapitalismus, gegen das Marx angetreten war. Deshalb sollte mit der „alten“ Welt auch der „alte“ Mensch verschwinden.

2. Die kommunistische Utopie

Weil der Mensch von den bisher bestehenden, entmenschlichenden Verhältnissen geprägt war, sollte er im real existierenden Sozialismus

grundlegend umgepolt werden. Davon zeugt z. B. Stalins Rede von den „Ingenieuren der Seele“. Die Revolutionäre (bes. Schriftsteller) sollten sich als derartige Ingenieure betätigen: „Unsere Panzer sind wertlos, wenn die Seelen, die sie lenken müssen, aus Ton sind. ... Die Produktion von Seelen ist wichtiger als die von Panzern.“²

Dieses bemerkenswert mechanistische Bild ist Ausdruck des Bewusstseins, dass die Beeinflussung des Denkens und Fühlens der Menschen entscheidend

Damit wird die ganze bisherige Geschichte abgelehnt. Mit der Revolution soll ein radikaler Bruch mit dem Bisherigen herbeigeführt werden, ein Bruch, der gleichbedeutend ist mit einem gänzlichen Neuanfang, mit einer tabula rasa. Der Revolutionierung der Eigentumsverhältnisse durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln wird dann die Auflösung von Religion, Staat, Recht, Familie und Moral folgen – das alles ist nicht mehr nötig, wenn die Herrschaft

Avantgarde findet sich bereits im „Kommunistischen Manifest“. Dem Absterben des Staates – auf das man in der Praxis dann natürlich vergebens wartete – muss der starke Staat vorangehen. Zwar hat Marx offenbar geglaubt, dass das Bewusstsein den Verhältnissen dann automatisch nachfolgen wird, doch die Praktiker der Revolution merkten, dass sie mit „Ingenieuren“ nachhelfen mussten; deshalb glichen die sozialistischen Systeme allesamt großen Umerziehungslagern. Denn eines war unabweislich, wenn man davon ausging, dass manche die Wahrheit schon vor Vollendung des gesellschaftlichen Umbaus erkannt hatten (was eigentlich gar nicht sein konnte): Die anderen, Nicht-Erkennenden, mussten zur Wahrheit geführt werden – der sozialistische Staat als großes, allerdings furchtbar repressives Kinderheim.

Diese Einwirkung auf den gesamten Menschen prägt nicht nur das Verhalten, sondern auch das Denken.

ist für den Erfolg des sozialistischen Experiments. In der DDR war Stalin bis zur Entstalinisierung 1956 einer der Säulenheiligen; dann wurde dieser „Heilige“ gestürzt. Galt das aber auch für seine Denkweise? Die Abkehr von Stalin bedeutete natürlich nicht die Abkehr von Marx, dem Gründervater des Kommunismus. Deshalb sollte man noch einmal einen kurzen Blick auf seine Theorie werfen, um zu sehen, ob die „Ingenieurs“-Praxis gar nichts mit dieser Theorie zu tun hat. Dabei soll zwei Fragen nachgegangen werden: Warum war in den Augen von Marx die alte Welt so heillos schlecht (a.), und warum sollte der Sozialismus bzw. Kommunismus für die Menschheit das Heil bedeuten (b.)?

Ad a.: Der Unheilsweg des Menschen beginnt für Marx mit der Erfindung des Privateigentums. Von da an herrscht die Habsucht, der in der Folge alle Errungenschaften der Zivilisation dienen. Sie müssen also als Ergebnis der ursprünglichen Perversion verstanden werden, Gemeineigentum in Privateigentum überführt zu haben: Staat und Recht erweisen sich als System zum Schutz der Besitzenden und Entrechtung der Besitzlosen; die Religion als Instrument der Entmachtung des Menschen, der seine eigenen Kräfte in Gott projiziert hat; die Moral als Verhaltensregeln, die die bestehenden Herrschaftsverhältnisse stützen; die Familie als Reproduktion der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse im Kleinen; gleichermaßen stehen Wissenschaft und Kunst im Dienst der jeweils Herrschenden.

des Menschen über den Menschen abgeschafft ist.

Ad b.: Wie sieht das kommunistische Ideal nun aus? Im Kommunismus gibt es zwischen den Menschen nichts Trennendes mehr, also auch keinen Kampf. Es besteht keine Sorge für das Überleben, denn der Kommunismus ist eine Gesellschaft, in der keine Knappheit mehr existiert. Die wesentlichen Fragen sind alle geklärt. Der Mensch ist nur noch gesellschaftliches Lebewesen, versteht sich ausschließlich von der Gemeinschaft her und verspürt somit kein Bedürfnis mehr, sich gegen die anderen abzugrenzen, sich ihnen gegenüber hervorzutun oder eine andere Welterklärung als die materialistische zu suchen. Unter den richtigen Verhältnissen kann man nur noch richtig denken. Es gibt keine Alternativen zur Wahrheit, so dass es auch keiner Zwangsgewalt wie des Staates mehr bedarf, um diese durchzusetzen.

War also der sozialistische Staat mit seinem starken, rigiden und geradezu omnipräsenten Herrschaftsapparat ein Verrat an der Marx'schen Theorie? Auch wenn es zunächst so scheinen mag – die Antwort lautet nein. Denn schon nach Marx hinkt das Bewusstsein dem gesellschaftlichen Sein immer hinterher. Selbst wenn die Eigentumsverhältnisse revolutioniert sind, denken die Menschen doch zunächst noch in den alten Bahnen. Deshalb muss zuerst die Diktatur des Proletariats kommen, bei der die Partei eine Führungsrolle innehat. Sie muss die neue Gesellschaft so organisieren, dass diese eines Tages zur Selbstorganisation fähig ist.

Diese Idee einer revolutionären

3. Die sozialistische Realität

Schon bei der Utopie kann man sich fragen, wie wünschenswert ein solches Leben eigentlich ist: Das Fragen hat ein Ende; individuelle Entscheidungen und damit Selbstverantwortung sind nicht mehr nötig, da die richtigen Verhältnisse gar keine Wahl mehr lassen; das Heil kommt von außen, von den geänderten Eigentumsverhältnissen, einen „inneren Menschen“ braucht man nicht mehr; alles regelt sich im Kollektiv. Sind das Vorstellungen, die der Natur des Menschen gerecht werden? Noch viel mehr muss man sich fragen, wie die sozialistische Realität zu ertragen war, die dieses Endziel ja herbeiführen wollte und sich dafür der Mittel des Zwangs bediente: Bevormundung, Indoktrination, Psychatrie, Gefängnis, Mord. Schon aufgrund der permanenten Erfahrung der Unfreiheit musste nach der friedlichen Revolution der Sprung in ein freiheitliches System große Umstellungsprobleme bereiten. Aber die Probleme, die mit der entsprechenden mentalen Prägung zusammenhängen, lassen sich auch noch konkreter fassen, wenn man exemplarisch einige Bereiche der damaligen Lebenswirklichkeit herausgreift. Dies soll im Folgenden geschehen, durch einen Blick auf die Erfahrungen der DDR-Bürger mit 1. der offiziellen Politik, 2. dem Recht und 3. dem Erziehungswesen.

Ad 1.: Die Politik war ein System

der Lüge und als solches Ausdruck der ständigen Diskrepanz zwischen den verkündeten Erfolgen und der armseligen sozialistischen Wirklichkeit. Wie kann man so Vertrauen in ein politisches System entwickeln? Obwohl einerseits alles politisiert war – es gab keinen autonomen gesellschaftlichen Bereich jenseits der Herrschaft der Partei – hatte der Bürger keine Möglichkeit, die Politik zu beeinflussen. Das erzeugt ein Gefühl der Ohnmacht, an das man sich gewöhnen kann und das die Erwartung hervorbringt, der Staat habe alles zu regeln, man selbst sei nicht gemeint.

Die Öffentlichkeit in der DDR war nicht Forum, sondern Ort staatlicher Verlautbarung; freie Medien existierten nicht. So konnte sich keine Streitkultur entwickeln, was möglicherweise zu Problemen führte, abweichende Meinungen auszuhalten. Die Tendenz gegenüber den Medien war es, entweder nichts zu glauben oder allzu leichtgläubig zu sein – beides führt zu Enttäuschungen. Überträgt man diese Haltung auf die Medienrezeption in einer freien Gesellschaft, kann das die Identifikation mit dem neuen System erschweren.

Das Recht war im Sozialismus Instrument der Politik und nicht – wie im Liberalismus – eine eigenständige Macht, die den Bürger gegebenenfalls vor dem Zugriff des Staates schützt. Die Justiz lieferte den Bürger diesem Zugriff vielmehr aus. Das war auch konsequent: Im liberalen System geht man von einem möglichen Interessengegensatz zwischen Individuum und Staat aus; dieser Gegensatz muss durch eine neutrale Instanz geklärt werden. Im Sozialismus kann es einen solchen Gegensatz legitimerweise gar nicht geben, weil die Bürger ja der Staat sein sollen. Das heißt, der Bürger hat sich, sofern er anderes will als der Staat, geirrt und muss wieder auf den rechten Weg gebracht werden – notfalls mit Gewalt. So wurde bereits Nicht-Konformität wie das Tragen anderer Kleidung, das Hören anderer Musik etc. zum Straftatbestand. Auch hier besteht das Problem des beeinträchtigten Vertrauens in die Justiz, das leicht auf die des Westens übertragen wird – vor allem, wenn man erleben muss, wie sie von „Schlaunen“, wie Gregor Gysi,

instrumentalisiert werden kann.

Ad 3.: Die Erziehung hielt im Sozialismus aufgrund des von der Partei in Anspruch genommenen Erkenntnisvorsprungs das ganze Leben an. Kinder wurden schon im frühesten Alter unter staatliche Aufsicht gestellt. Damit wurde zum einen die Entfremdung vom Elternhaus betrieben, zum anderen konnte man dadurch insgesamt die Sphäre des Privaten reduzieren. Schule, Wehrdienst und Betriebsorganisationen übernahmen die weitere Erziehung; die Indoktrination wurde dabei stets mit der Erfahrung des Kollektivdaseins verbunden. Das Ziel war ganz eindeutig Anti-Individualismus und Entmündigung des Menschen. Dass es um die mentale Umprogrammierung ging, wird besonders deutlich an der Tatsache, dass sich die Vernehmer in den Gefängnissen „Erzieher“ nannten – wer gegen das System ist, ist entweder verstockt oder krank. Bei unbeirrbarer Uneinsichtigkeit war von einem psychischen Mangel auszugehen, der nur psychiatrisch behoben werden konnte.

Die Erfahrung fortwährender Bevormundung kann auf Dauer tatsächlich handlungs- und entscheidungsunfreudig machen; geschlossene Systeme bieten für manche auch Geborgenheit, so dass das westliche System dagegen kalt und abweisend erscheinen muss. Hier muss sich jeder selbst zurechtfinden. Nicht zuletzt von der allumfassenden „Fürsorge“ des sozialistischen Staates her rührt die Legende von der größeren „Menschlichkeit“ in der DDR.

4. Resümee

Es sollte gezeigt werden, dass sozialistische Systeme – und das gilt auch für den Nationalsozialismus – den Menschen nicht nur von außen zwingen, sondern auch von innen ergreifen wollten. Darin besteht der Sinn der Ideologie, die eine ganz neue Politikform hervorbringt, welche den ganzen Menschen erfassen soll. Diese Einwirkung auf den gesamten Menschen prägt nicht nur das Verhalten, sondern auch das Denken. Wer mit diesem Denken auf einmal mit einem anderen System konfrontiert ist, wird vieles anders wahrnehmen und beurteilen als derjenige, der in ihm aufgewachsen

ist. Im Fall der DDR-Bürger waren bei der Wiedervereinigung vor allem zwei große Klippen zu überwinden:

1. Ist man daran gewöhnt, dass die Politik das Absolute verwirklichen soll, dass sie im Grunde Heilsgeschehen ist, muss man das liberale System geradezu als Kapitulation vor diesem Anspruch sehen. Hier geht es nur um das relativ Beste, man sucht den Kompromiss. Man findet sich damit ab, dass das Ergebnis des politischen Prozesses vielen nicht, vielleicht sogar niemandem ganz gefällt. Jeder muss selbst für sein Glück sorgen, das ist nicht Aufgabe des Staates.

2. Zudem wurde die Bundesrepublik den DDR-Bürgern immer als der Erzfeind, der Inbegriff des kapitalistischen Leviathan, vor Augen gehalten – und in dieses System sollten sie sich nun integrieren. Die von Jugend an eingepflichten Feindbilder wirken aber fort. Man sieht nicht, was man sieht, sondern was man vom anderen System, vom anderen Menschen denkt. Von den Menschen, die praktisch ohne Übergangphase von einem in das andere System wechseln mussten, wurde also eine ungeheure Umstellungsleistung gefordert, denn der Systemwechsel ist noch nicht automatisch ein Mentalitätswechsel. Wenn man sich diesen Tatbestand in seiner ganzen Tragweite bewusst macht, kann die Konsequenz nur sein: Es bedarf großer Geduld. Und es bedarf der Überzeugungsarbeit des westlichen Systems bzw. seiner Bürger, die durch ihr eigenes Vorbild bezeugen müssen, dass das Leben in Freiheit – auch mit der Möglichkeit des Scheiterns – dem Leben im Gefängnis immer vorzuziehen ist, selbst wenn dieses die größere Sicherheit bietet.

Referenzen

- 1 - *Frankfurter Allgemeine Zeitung, Denk' ich an Deutschland, 18.10.2010, S. 15.*
- 2 - *Zitiert nach: Frank Westermann, Ingenieure der Seele. Schriftsteller unter Stalin. Eine Erkundungsreise, Berlin 2005, S. 40.*

Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig hielt am 18. Oktober 2012 an der Andrássy Universität Budapest einen Vortrag zum Thema „Die Grenze im Kopf – die Prägung des Denkens durch das Leben im totalitären System: das Beispiel DDR“, welchen Sie hier in gedruckter Form finden.

Aktuelles



Karriere, Forschung & Festivitäten zum Andrássy Netzwerktag

Ihre Tradition fortsetzend veranstaltete die Andrássy Universität Budapest (AUB) zum dritten Mal den Andrássy Netzwerktag. Am Donnerstag, dem 6. September 2012 fand am Vormittag die Karrieremesse statt, anschließend sorgten die Fakultäten für ein akademisches Programm und zum Abend lud der Rektor der Universität zur festlichen „Jubiläumsfeier: 10 Jahre Unterricht an der Andrássy Universität Budapest“ ein.

Der Tag begann mit der Karrieremesse, welche 14 Unternehmen bzw. Institutionen und AUB-Studierende sowie AbsolventInnen die Möglichkeit bot, in direkten Kontakt zu treten, um dadurch ihr persönliches, berufliches oder unternehmerisches Netzwerk zu erweitern. Vor dem Beginn der Messe begrüßte der Kanzler der Universität, Ákos Domahidi, LL.M. die Repräsentanten der ausstellenden Unternehmen und Institutionen. Er stellte kurz das Profil der AUB dar, sprach über die Ziele des Netzwerktages und lud dann die Anwesenden zu einem kurzen Gespräch ein, in welchem die Erwartungen des Arbeitsmarktes und die Ziele der Andrássy Universität diskutiert wurden.

Zur Karrieremesse erschienen zahlreiche Studierende und AbsolventInnen der AUB, um an den Infotischen der Aussteller mit potentiellen ArbeitgeberInnen über ihre beruflichen Perspektiven und Karrierechancen zu diskutieren und Kontakte zu knüpfen. Prof. Dr. Stefan Okruch, Prorektor der AUB, begrüßte die Anwesenden und wünschte allen einen angenehmen und erfolgreichen Vormittag. Er drückte seine besondere Freude darüber aus, dass unter den Ausstellern auch viele Alumni der AUB waren, und nun von der anderen Seite des Standes das Netzwerk der AUB gestalteten. Unter den diesjährigen Ausstellern befanden sich CMS Cameron McKenna, DAAD-Informationszentrum Budapest, Friedrich-Ebert-Stiftung, Goethe-Institut, Horváth & Partners



Das netzwerkbildende Programm der Doktorschule und des Donau-Instituts



Festliches Jubiläum - 10 Jahre Unterricht an der AUB

DLA Piper, Konrad-Adenauer-Stiftung, LeitnerLeitner, netPOL - Interuniversitäres Netzwerk politische Kommunikation, Österreichisches Kulturforum Budapest / COMPRESS, Österreichisch-Ungarische Europa-schule, Siemens Zrt., Swisscham Hungary - Handelskammer Schweiz-Ungarn, Rödl & Partner und UNION Biztosító / Vienna Insurance Group.

Am Nachmittag fanden die netzwerkbildenden Programme der drei Fakultäten, der Doktorschule und des Donau-Institutes statt. Es wurden unter anderem die verschiedenen Studiengänge vorgestellt, Masterarbeiten, Dissertationsprojekte und Forschungsarbeiten präsentiert und Diskussionen zu verschiedenen Themenbereichen geführt. Die Fakultäten luden Alumni ein, um über ihre Erfahrungen im Studium, ihren Berufseinstieg und ihre derzeitige Arbeitsstelle zu berichten. Bei dieser Gelegenheit konnte das Netzwerk der Fakultäten intern und mit externen Interessierten verstärkt werden. Zum Abend desselben Tages lud der Rektor der AUB, Herr Prof. Dr.



Zahlreiche Studierende informieren sich bei den Ausstellern auf der Karrieremesse

András Masát zur „Jubiläumsfeier: 10 Jahre Unterricht an der AUB“ ein. Neben den Ehrengästen des Abends befanden sich auch ProfessorInnen, Lehrkräfte, MitarbeiterInnen und zahlreiche Angehörige der AUB. Die deutschsprachige Rede des Rektors sowie die ungarische Begrüßung des Kanzlers unterstrichen den Gedanken des Netzwerktages. Sie betonten die Wichtigkeit dieses Anlasses, bei der die Andrássy Universität sich bei allen ihren Partnern für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung bedankt. In sicherer Hoffnung auf weitere enge Kooperation will die AUB eine Möglichkeit bieten, um sich im informellen und stimmungsvollen Rahmen auszutauschen und auch ihr Netzwerk stärken zu können. Frau Andrea Vígh sorgte auf der Harfe für Unterhaltung. Im Anschluss setzten die Anwesenden ihre netzwerkbildende Diskussionen am Buffet fort.

Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.ujsechenyiterv.gov.hu
06 40 638 638



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósult meg.

TÁMOP 4.1.1-08/2/KMR-2009-0011

Studienjahreseröffnung und Diplomübergabe an der AUB



Am 7. September 2012 fand an der Andrásy Universität Budapest (AUB) die feierliche Eröffnung des neuen Studienjahres statt. In diesem Rahmen erhielten traditionsgemäß auch die neuen AbsolventInnen ihre Diplome. Als Ehrengast zum Anlass der Feierlichkeiten begrüßte die Universität die Bayerische Landtagspräsidentin Barbara Stamm.

Nach der ungarischen Nationalhymne eröffnete Prof. Dr. András Masát, Rektor der AUB um 10 Uhr vor denen im Spiegelsaal versammelten Ehrengästen, Dekanen, ProfessorInnen, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, KollegInnen, Studierenden und deren teilweise extra angereisten Angehörigen das neue Studienjahr an der AUB. Folgend zog er Bilanz zum letzten Studienjahr und hob die Höhepunkte hervor. Prorektor der AUB, Prof. Dr. Stefan Okruch moderierte und führte durch das gesamte folgende Programm. Die Bayerische Landtagspräsidentin Barbara Stamm hielt die Festrede und appellierte dabei an die Studierenden sowie an das Kollegium der AUB, sich von der schwierigen Situation in Europa nicht entmutigen zu lassen und sich gegen das Wiederaufleben von vergessenen geglaubten nationalen Ressentiments zu stemmen. Sie erinnerte in ihrer Rede auch an die Gründung der AUB 2001, als die Erweiterung der Europäischen Union bevorstand und eine euphorische Stimmung herrschte. Im Anschluss sprach der Vorsitzende der Studierendenschaft, Philipp Siegert den neuen AbsolventInnen in seinem Grußwort seine besten Wünsche aus. Für ein klangvolles Zwischenspiel sorgte Anasztazia Razvaljajeva an der Harfe.

Prof. Dr. István Klinghammer, Vizepräsident der MAB (Ungarische Akkreditierungskommission) schritt dann zur feierlichen Übergabe der Urkunde zur MAB-Institutionsakkreditierung, wodurch die Universität in Ungarn bis zum 31. Dezember 2017 akkreditiert wurde.

Im Anschluss wurde auch die Kooperation der AUB mit der Otto-



Zahlreiche Gäste füllten den Spiegelsaal



Die Bayerische Landtagspräsidentin Barbara Stamm während ihrer Rede



Die stolzen AbsolventInnen freuen sich über den erfolgreichen Abschluss

Friedrich-Universität Bamberg besiegelt. Der Präsident der Universität Bamberg, Prof. Dr. Godehard Ruppert und der Rektor der AUB unterschrieben vor den Augen der zahlreichen Gäste den Kooperationsvertrag.

In der Anerkennung seiner Verdienste um die AUB wurde dem ehemaligen Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans Kaiser, Minister a.D., die Ehrensensatorwürde durch Prof. Masát verliehen. In seiner Rede folgend, verwies Kaiser auf die Bedeutung der AUB während seiner Tätigkeit in Budapest und auch, dass er sich in Zukunft für die Universität einsetzen werde.

Der Geschäftsführer der Baden-Württemberg Stiftung, Dr. Christoph Dahl, trat folgend zur Verleihung

der Urkunden für die Baden-Württemberg-StipendiatInnen an das Rednerpult. Er überreichte an die Studierenden Barnabás Vizkelety (Mitteleuropäische Geschichte), Kim Sax, Rolf Siegel, Reimond Hoffmann, Theo Lungstras (alle International Economy and Business), Ferenc Demendi, Lennart Behnke (beide Internationale Beziehungen), Philipp Steinhauer (LL.M.) sowie Christoph Strauch (Mitteleuropäische Geschichte, Mitteleuropäische Studien) die Urkunden zum Stipendium.

Zur Vergabe der Bestenpreise der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft (DUG) trat Klaus Rettel, Präsident der DUG Berlin vor die Gäste und überreichte nach einigen Worten die Preise an die jeweiligen Studierenden. Als beste Studierende der Fakultät für Internationale Beziehungen im letzten Studienjahr erhielt Mirjana Ivančić sowie als jahrgangsbeste Absolventin der AUB 2012 Csilla Szentiványi (Master in International Economy and Business) einen Preis. Den Karl-Rath-Preis 2012 für die besten Abschlussarbeiten erhielten mit dem 1. Preis Patrick Burmeier (Master in Internationale Beziehungen), dem 2. Preis dr. Leszek Dziuba (LL.M.) und dem 3. Preis Zoltán Tamássy (Master in Mitteleuropäische Studien).

So wurde zur Diplomübergabe geschritten und der Rektor sowie die Dekane der Fakultäten Internationale Beziehungen, Dr. Zoltán T. Pállinger, Mitteleuropäische Studien, Prof. Dr. habil. Georg Kastner und Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften, PD Dr. Hendrik Hansen (Geschäftsführend) überreichten den neuen AbsolventInnen ihre Diplome. Zum Abschluss der Feierlichkeiten erklang die Europahymne.

Herbstball der Studierendenschaft



Zum Tag der offiziellen Eröffnung des neuen akademischen Jahres 2012/2013 an der Andrásy Universität Budapest (AUB) richtete die Studierendenschaft der AUB unter der Schirmherrschaft der Deutschen Botschaft den traditionellen Ball aus, welcher in den Festsälen der AUB stattfand.

Der Herbstball hat dabei Studierende, Alumni, Dozenten und Mitarbeiter der AUB sowie Vertreter des diplomatischen Corps beherbergt und durch einen programmreichen und festlichen Abend geführt. Nach den Begrüßungsworten des Botschaftsgesandten, Herrn Riedel sowie der Begrüßung durch den Rektor Masát und den Vorsitzenden der Studierendenschaft, Philipp Siegert, begann ein Abend, auf dem die Gäste mit Tanzvorführungen, Weinpräsentation und -verköstigung edler Tokaj-Weine, einer Tombola und einem reichhaltigen Buffet unterhalten wurden. Zu diesem Anlass wurden



Ballkönigin und -könig beim Tanz

ebenfalls die Dozentenpreise verliehen, die jedes Jahr von der Studierendenschaft an die beliebtesten Dozenten vergeben werden. Die Auszeichnungen gingen an Herrn Hansen (Fakultät

VSR), Herrn Kastner (Fakultät MES) sowie an Herrn Pállinger (Fakultät IB). Auch nach dem krönenden Abschluss des Programms mit der Wahl des Ballkönigspaares um Mitternacht, feierten die Gäste noch viele Stunden im Spiegelsaal des Festetics Palais' weiter. Die Studierendenschaft, die wie jedes Jahr diesen Ball eigenständig vorbereitet und durchführt, dankt an dieser Stelle insbesondere allen Unterstützern, aber natürlich auch den Gästen für einen schönen und denkwürdigen Abend, der ein gelungener Einstieg in das Universitätsleben nach der Sommerpause war.

Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.ujsechenyiterv.gov.hu
06 40 638 638



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TÁMOP 4.1.1-08/2/KMR-2009-0011

Kooperationsvereinbarung zwischen der Nationale Universität für Öffentliche Dienste und der Andrásy Universität Budapest

Am 18. Oktober 2012 unterzeichneten die Nationale Universität für Öffentliche Dienste (NUÖD) und die AUB eine Kooperationsvereinbarung, mit dem Ziel, ihre wissenschaftliche Zusammenarbeit auf den Gebieten Forschung und Lehre zu vertiefen und zu entwickeln. Unterschrieben wurde die Vereinbarung während der Senatssitzung der Andrásy Universität von den zwei Rektoren, Prof. Dr. András Patyi (NUÖD) und Prof. Dr. András Masát (AUB). Ziel der Vereinbarung zwischen den beiden Hochschulen ist insbesondere die Stärkung der internationalen Beziehungen in Forschung und Lehre im Bereich der Staats- und Verwaltungswissenschaften, für die Studierenden beider Universitäten bessere Möglichkeiten zu bieten bzw. die Förderung und Erweiterung des Netzwerks der Lehrenden und der beiden Institutionen auf diesen



Prof. Dr. András Masát, Rektor der AUB und Prof. Dr. András Patyi, Rektor der NUÖD bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung

Gebieten. Darüber hinaus wird beabsichtigt, die Ausbildung im Bereich der ungarischen Diplomatie und der internationalen öffentlichen Verwaltung durch Zusammenarbeit der Institutionen und Lehrenden der beiden Universitäten zu stärken.

Die Kooperation umfasst sowohl eine engere Zusammenarbeit im Bereich der studentischen Ausbildung als auch eine Steigerung der Mobilität ihrer

Studierenden. Die Studierenden der NUÖD werden die Möglichkeit haben, fremdsprachig – vor allem deutschsprachig – zu studieren bzw. wird den Studierenden beider Institutionen ein Gaststudium mit Anrechnung der so erworbenen ECTS-Punkte ermöglicht. Im Bereich der Doktorandenausbildung ist vorwiegend hinsichtlich der Forschungsergebnisse aus Staats- und Politikwissenschaften eine Kooperation beabsichtigt.

Ist die Türkei fit für Europa? - Türkischer Minister für Europaangelegenheiten an der AUB

Im Rahmen einer gemeinsam organisierten Veranstaltung der Türkischen Botschaft in Ungarn und der Andrássy Universität Budapest (AUB), sprach am Donnerstagabend, dem 6. Dezember 2012 Egemen Bağış, erster Europaminister der Republik Türkei und Hauptverhandlungsführer im Rahmen der türkischen Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union seit 2011 vor zahlreichen Gästen im Spiegelsaal der AUB. Neben dem Botschafter der Republik Türkei in Ungarn, Hasan Kemal Gür waren weitere BotschafterInnen und VertreterInnen der Botschaften von Algerien, Ägypten, Belgien, Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Israel, Korea, Mazedonien, Moldawien, Österreich, Pakistan, Palästina, Polen, Rumänien, Serbien, Slowenien und Zypern anwesend. Der Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát, welcher sich erfreut zeigte, vor einem so hoch besetzten Publikum an der AUB zu sprechen, begrüßte Bağış und die Gäste mit kurzen Worten über die AUB und erwähnte die Brisanz, welche das Thema des Vortrages von Bağış in sich hatte. Nach der Rede von Masát gab Botschafter Gür eine kurze Einführung zum englischsprachigen Vortrag mit dem Thema "Changing Dynamics of Turkey-EU Relations: New Opportunities and Challenges" von Bağış. Der türkische Minister ging folgend, ausgehend vom Motto der AUB „Fit für Europa“, welches er auch zu seinem Motto erklärte, auf



Egemen Bağış, Europaminister der Türkei an der AUB

die zahlreichen Verbindungen zwischen der Türkei und Ungarn ein. Dabei erwähnte er historische, kulturelle, wirtschaftliche sowie auch politische Verbindungslinien und sprach die starke Verbundenheit der Türkei zu Ungarn aus. Bağış sprach folgend vom Versuch der Türkei der EU beizutreten und hob dabei die Position heraus, welche die Türkei als Mitglied in der EU spielen könnte. Er sprach von dem Beitritt als nationale Strategie und zählte im Anschluss zahlreiche Punkte zur zukünftigen Rolle der Türkei in der EU auf. Die Türkei könnte dabei eine friedensstiftende Rolle spielen. Als Beispiel ging er auf die aktuellen Konflikte, wie zum Beispiel in Syrien,

in der Nachbarschaft der Türkei ein. Weiterhin erwähnte er auch die Bemühungen der Türkei, sich den Menschenrechten, laut Vorgaben der EU, zu verpflichten und diese einzuhalten. Ebenso könnte die Türkei im Rahmen der Knappheit von Energieressourcen für Ausgleich sorgen, meinte Bağış. Fortführend sprach er über die Verpflichtung der Türkei für die fünf Millionen Türken, welche bereits in der EU leben und gab damit insgesamt eine breite Palette von Argumenten für einen Beitritt der Türkei, so, dass es seiner Meinung nach, Zeit für den nächsten Schritt in den Beitrittsverhandlungen ist.

Das Auswärtige Amt unterstützt die Bibliothek der AUB



Dr. Matei I. Hoffmann, Botschafter der BRD in Ungarn überreichte den Scheck an den Rektor der AUB

Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn, Dr. Matei I. Hoffmann, überreichte am 28. November 2012 dem Rektor der Andrássy Universität Budapest, Prof. Dr. András Masát, einen Scheck über 50.000 Euro.

Mit dieser Summe unterstützt das Auswärtige Amt die Bibliothek der AUB, die dadurch u.a. eine elektronische Datenbank in den

Bereichen Politik-, Wirtschafts- und Geschichtswissenschaft einrichten und ihr Print- und Online-Angebot auf dem aktuellsten Stand halten kann.



Portrait

Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl

Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl ist seit September 2012 Leiter der Professur für Diplomatie II an der Fakultät für Internationale Beziehungen (IB), und seit Dezember auch amtierender Dekan der Fakultät.

Dóra Frey (DF): Herr Pohl, wie kam bei Ihnen die Idee, an der AUB zu arbeiten? Haben Sie schon vorher von der Universität gehört?

Dietrich Pohl (DP): Von der Andrásy Universität und der Tatsache, dass an dieser Universität auch deutsche Diplomaten eingesetzt werden, habe ich schon früh gehört. Das Auswärtige Amt funktioniert in dieser Hinsicht ein wenig wie ein Dorf: Der Einsatz des Kollegen Bettzuege in Budapest 2002 war alsbald weithin im Auswärtigen Amt bekannt. Später kam ich dann selbst zu Verhandlungen mit dem ungarischen Außenministerium nach Budapest und konnte mir sowohl die Botschaft wie die Universität aus der Nähe ansehen. Und schließlich war und bin ich dem letzten Inhaber der Professur für Diplomatie, Dr. Dr. Rolf Krause, eng verbunden. Auf verschiedenen Posten haben sich unsere Wege gekreuzt, wir haben uns immer gut verstanden und eng ausgetauscht.

Rolf Krause war es auch, der mir die Kandidatur für die Professur an der AUB nahelegte. Unser System der Postenwahl funktioniert so, dass vakante Posten für das jeweilige Jahr in langen Listen aufgelistet werden, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Laufbahnen und Dienstgraden. Dies erlaubt den Amtsangehörigen passgenaue Entscheidungen.

Erforderlich sind dabei stets mehrere Postenbewerbungen, um Mitarbeitern und Amt Flexibilität zu geben. Und wenn die Erfordernisse des Auswärtigen Amtes mit den Wünschen der Mitarbeiter übereinstimmen, werden sie gerne erfüllt. Langer Rede kurzer Sinn: Auf



Dr. Dr. Dietrich Pohl, Leiter der Professur für Diplomatie II und amtierender Dekan der Fakultät IB

meiner Liste stand (auch) die AUB, und dieser Wunsch wurde erfüllt.

DF: Die übliche Frage in unseren Portraits über die Erfahrungen in einem internationalen Umfeld erübrigt sich bei einem Diplomaten, stattdessen bitte ich Sie über ihre bisherige Tätigkeit als Diplomat und Dozent zu berichten!

DP: Meine Erfahrungen mit einem internationalen Umfeld haben vielleicht sogar etwas früher als mit dem Dienstantritt im Auswärtigen Amt begonnen. Ich konnte im Anschluss an mein Studium der Rechtswissenschaften in Norddeutschland drei großartige Jahre lang in England Islamwissenschaften studieren. Diese Jahre habe ich sehr genossen, zugleich haben sie meinen Blick für die guten Seiten der deutschen Gesellschaft und des deutschen Staates geschärft, die so oft als gegeben vorausgesetzt werden: freie Bildungszugänge, Chancengleichheit, ein offenes politisches System.

Unmittelbar nach meiner Rückkehr habe ich mich für den diplomatischen Dienst beworben und wurde angenommen. Das Auswärtige Amt, in

dem ich 1988 den Vorbereitungsdienst antrat, war noch eine ganz andere Behörde: Der Dienstsitz war Bonn, die Wiedervereinigung Deutschlands schien noch in weiter Ferne. So gab es noch ein Referat für innerdeutsche Fragen (und ein besonderes Ministerium) sowie die Ständige Vertretung in Ostberlin, eine Botschaft der besonderen Art. Mitten in die Ausbildung hinein platzte dann die Bombe des Mauerfalls. Die enorme Bewegung, die dieses Ereignis auslöste, kann ich noch jetzt spüren. So konnte ich miterleben, wie sich graduell die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt verändert hat und damit auch das Handeln des Auswärtigen Amtes. Zunächst waren die großen wirtschaftlichen Anpassungsschwierigkeiten prägend, bald aber auch inhaltliche Neuorientierungen: die frühere Fixierung auf deutschlandbezogene Fragen und den Ost-West-Gegensatz ist einer breit und wie ich finde, sehr gut aufgestellten Politik gewichen, an der ich gerne mitarbeite. Aber Sie haben nach meinen bisherigen Tätigkeiten gefragt: Mein erster Posten in der Zentrale des Amtes war der des Skandinavienreferenten. Nach

nur einem Jahr wechselte ich dann nach Kairo, als Politischer Referent. Bei manchen Meldungen über die aktuellen Entwicklungen in Ägypten denke ich zurück an meine Zeit dort. Schon 1991-1994 waren die Probleme, die schließlich zum Arabischen Frühling führten, sichtbar. Von Kairo ging es nach Mazedonien, an eine Vertretung, die nach wenigen Wochen mit der staatlichen Anerkennung Mazedoniens vom Generalkonsulat in eine vollwertige Botschaft umgewandelt wurde. Von 1997-1999 war ich in der Zentrale des Auswärtigen Amtes - damals noch Bonn - als Referent für Militär- und Stationierungsfragen eingesetzt. 1999 zog es mich dann nach Äthiopien, wo ich vier Jahre lang an der Botschaft Referent für Kultur, Presse und Rechts- und Konsularwesen war. Letztere Zuständigkeit wurde aber bald abgelöst durch die Leitung des Goethe-Instituts Addis Abeba, ein Pilotprojekt der Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes mit „seinem“ zentralen Kulturmittler. Die Kulturarbeit, aber auch die Zeit in Äthiopien generell waren hochinteressant. Zeugnis meiner Tätigkeit dort ist das neu untergebrachte Goethe-Institut, in einem mit Mitteln des deutschen Programms Kulturerhalt renovierten Palastgebäude im Herzen der Universität. Eine prägende Zeit

waren auch die anschließenden Jahre 2003-2006 als stellvertretender Leiter des Organisationsreferates des Auswärtigen Amtes. 2006-2009 war ich als Gesandter an der Botschaft Teheran tätig. Nach kurzzeitigen Verwendungen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik und der Bundessicherheitsakademie folgte 2010-2012 schließlich eine Verwendung als Leiter des Referates für Ostafrika, Sudan und das Horn von Afrika.

Und den bunten Reigen beschließt nun der Einsatz an der Andrassy Universität Budapest - vorerst. Dabei habe ich diverse Kurzeinsätze und Abordnungen als Leiter der Botschaften nach Niamey und Libreville gar nicht erwähnt.

DF: Sie sind ja seit September in Budapest, was gefällt Ihnen am besten in der Stadt und an der Universität? Haben Sie auch weniger positive Erfahrungen?

DP: Bei der Auflistung meiner bunten Verwendungen habe ich einen sehr wichtigen Punkt noch gar nicht erwähnt: Die Arbeit im Auswärtigen Amt ist eine Lebensform, die die ganze Familie betrifft und berührt. So ist von Bedeutung, dass die schon genannten Posten von uns als Familie erlebt und gelebt wurden, und dass auch gegenwärtig wir als Familie in

Budapest leben und arbeiten. Daher ist für uns wichtig, dass wir uns als Familie eigentlich sehr schnell und ohne große Schwierigkeiten in Budapest orientieren und neu aufstellen konnten. Die Deutsche Schule, eine verwandte Kultur und Lebensform, aber auch die interessanten und reizvollen Andersartigkeiten haben diesen Prozess erleichtert. Wir genießen die ungarische Lebensart, die ungarische Kultur und nicht zuletzt den ungarischen Wein. Ungarn ist ein sehr liebenswertes Land.

Die Andrassy Universität ist natürlich eine besondere Welt, die verstanden werden will. Ich genieße den Kontakt zu den Studenten und den kollegialen Austausch. Ich finde bemerkenswert, was in den wenigen Jahren seit der Geburt dieser Universität geleistet wurde. Dass in dieser kurzen Zeit nicht jedes Problem und alle Strukturfragen gelöst werden konnten, ist nachvollziehbar. Aber dafür hat die Andrassy Universität Budapest ja starke internationale Partner wie das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland, für das ich stehe.

DF: Vielen Dank für das Interview! Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Lehre und als Dekan!

Dr. Attila Vincze

Dr. Attila Vincze ist seit September 2012 als Oberassistent an der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften (VSR) im Rahmen des Stipendiatenprogrammes des Neuen Széchenyi-Planes tätig.

Dóra Frey (DF): Herr Vincze, wie kam bei Ihnen die Idee an der AUB zu arbeiten? Haben Sie schon vorher von der Universität gehört?

Attila Vincze (AV): Die Universität kenne ich schon praktisch seit ihrer Gründung und ich habe mir selbst überlegt, dass ich hier studiere.

Ich kam zwar nicht dazu, aber das multikulturelle Projekt, was diese Universität verkörpert, hat mich längst angelockt. Die Uni bietet auch für die breitere Öffentlichkeit eine Reihe von Veranstaltungen an, die ich früher auch gerne besuchte. Freunde haben meine Aufmerksamkeit auf die Stellenausschreibung gelenkt und die Stelle hat mich sofort angesprochen. Ich habe zwar nicht gleich an Erfolg geglaubt, habe mich aber trotzdem beworben.

DF: Bitte erzählen Sie von Ihrer bisherigen Tätigkeit. Haben Sie bereits Erfahrungen in einem

multinationalen Umfeld gesammelt?

AV: Zu meiner großen Freude bin ich seit langer Zeit mit dem Ausland verbunden. Bereits während meines Universitätsstudiums habe ich praktisch jedes Jahr an einer Sommeruniversität teilgenommen. Sie boten mir die einzige Möglichkeit an, ins Ausland zu fahren. Aus eigenen finanziellen Mitteln ging es leider damals noch nicht. So war ich in Berlin an der Humboldt Universität, in München und zweimal in Kroatien.

Dank meinem verehrten Professor für Zivilrecht, Herrn Prof. Lajos



Vékás, der in mir gewisses Talent entdeckte, konnte ich in meinem letzten Studienjahr als Erasmus-Student in Heidelberg studieren. Nach der Beendigung der Universität kehrte ich – dank dem Stipendium des Landes Baden-Württemberg – für ein weiteres Semester nach Heidelberg zurück, wo ich mich insbesondere mit der außervertraglichen Haftung der EU beschäftigte.

Danach habe ich drei wunderschöne Jahre mit der Förderung des Freistaates Bayern in München verbracht, wo ich zuerst mit der Betreuung von Frau Prof. Coester-Waltjen einen LL.M. im deutschen Recht erwarb, und dann bei Herrn Prof. Streinz in Europarecht promovierte.

Nach dem Aufenthalt in Bayern fing ich zwar an der Eötvös Loránd Universität (ELTE) in Budapest als wissenschaftlicher Mitarbeiter an, blieb jedoch weiterhin mit dem Ausland verbunden. In München habe ich nämlich auch meine Frau kennengelernt, und lebe seit 2007 mit ihr – und seit später auch mit unseren Kindern – in Brünn, in der Tschechischen Republik.

2008 und 2009 konnte ich insgesamt zwei Monate bei Herrn Prof. von Bogdandy im Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht verbringen. Anfang 2010 war ich an der Universität Wien für zwei Monate und dann kam ein Angebot nach England zur Vertretung einer lectureship während der Elternkarenz der Stelleninhaberin. So sind wir – ich, meine Frau und meine damals anderthalbjährige Tochter – 2010 nach Hull gezogen, wo ich britisches und europäisches öffentliches Recht lehrte. Ich muss natürlich zugeben, dass es am Anfang gar nicht einfach war, aber ich habe sehr viel gelernt und betrachte diese insgesamt neun Monate als eine der wichtigsten Perioden meiner akademischen Laufbahn.

Den Sommer 2012 hat die Familie – schon auch mit meinem Sohn ergänzt – dank einer Förderung des DAAD in Göttingen bei Herrn Prof. Heun verbracht.

Ab Januar 2013 forsche ich bei Herrn Prof. Potacs an der Wirtschaftsuniversität Wien, er wird ein Kapitel



Dr. Attila Vincze, Oberassistent an der Fakultät VSR

meiner Habilitationsschrift betreuen, worauf ich mich sehr freue. 2005, 2007 und 2010 war ich als Dozent in einem Austauschseminar der Humboldt-Universität Berlin und der Universität ELTE in Budapest tätig.

Wie Sie sehen, multikulturelles Umfeld bestimmt nicht nur meine professionelle Tätigkeit sondern auch mein Familienleben, und ich bin sehr dankbar dafür. Alle diese Erfahrungen haben mein Leben bereichert und meinen Horizont erweitert.

DF: Sie sind seit September an der AUB, was gefällt Ihnen am besten und welche sind die eher negativen Erfahrungen? Welche Pläne haben Sie für die Zukunft?

AV: Mir gefallen die multikulturelle Atmosphäre der Universität und die akademische Freiheit, die ich hier genieße, sehr. Ich habe sehr interessante und verantwortungsvolle Aufgaben bekommen, die mich im Vergleich mit der Routine an der Universität ELTE komplett erfrischt haben. Ich habe hilfsbereite und freundliche Kollegen, also keinen wirklichen Grund zu meckern. Deshalb rede ich auch nicht gerne von negativen Sachen: „Es gibt keine Probleme, nur Herausforderungen.“, wie mir jemand in München sagte.

Ich plane meine Habilitation zu europäischem Verwaltungsrecht, was natürlich eine Menge Arbeit bedeutet und - zusammen mit meinen Kindern - mich in den kommenden Jahren wahrscheinlich auslastet.

DF: Vielen Dank für das Interview! Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Tätigkeit an der AUB!



Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.ujsechenyiterv.gov.hu
06 40 638 638



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TÁMOP 4.2.4. A/1-11-1-2012-0001

Forschung und Tagungen

netPOL - das Netzwerk Politische Kommunikation stellt sich vor



Die Andrássy Universität Budapest (AUB) ist seit September 2011 Projektpartner in dem vom Land Niederösterreich (NÖ) geförderten, internationalen und interuniversitären Netzwerk Politische Kommunikation (netPOL). Neben der Andrássy Universität Budapest sind die österreichischen Universitäten, die Donau-Universität Krems (DUK) und die Karl-Franzens-Universität Graz, sowie die Deutsche Universität für Weiterbildung in Berlin (DUW) und die rumänische Babeş-Bolyai-Universität in Cluj-Napoca/Kolozsvár (UBB) Partner im Netzwerk. netPOL entwickelt länderübergreifende Lehrprogramme und Forschungsprojekte und fördert die interdisziplinäre Verknüpfung der Themenbereiche Politik, Wirtschaft und Medien zwischen den Partneruniversitäten.

Die gute und effektive Zusammenarbeit der Netzwerkpartner stellt ein Erfolgsmerkmal des Projekts netPOL dar. Auch EUropaweite Projekte mit Wissenschafts- und Bildungsinstitutionen als externe Partner werden im Rahmen der netPOL-Aktivitäten angestrebt. netPOL ist vom Land Niederösterreich, vertreten durch die NÖ Forschungs- und Bildungsgesellschaft m.b.H. (NFB) initiiert worden. Weiterer Förderer ist das Land Steiermark. Mit der Entwicklung und Koordination des Netzwerks wurde der österreichische Politikwissenschaftler Peter Filzmaier beauftragt. An der AUB ist Ellen Bos, Leiterin der Doktorschule und des Donau-Instituts, für die Umsetzung und Konzipierung der netPOL-Aktivitäten verantwortlich.

Eines der prioritären Projekte des Netzwerks ist die Etablierung eines neuen und innovativen Doktoratskollegs, das die Doktoranden der Partneruniversitäten in einem Programm bündelt. Das Kolleg startet im Februar 2013.

netPOL-Doktoratskolleg: „Die Zukunft der Demokratie in EU-ropa“:

Das neue dreijährige deutschsprachige netPOL-Doktoratsstudium wird in Kooperation mit der Doktorschule der AUB, der Donau-Universität Krems, der Deutschen Universität für Weiterbildung, Berlin und der Babeş-Bolyai-Universität in Cluj-Napoca/Kolozsvár ab Februar 2013 angeboten. Der inhaltliche Schwerpunkt des Studienprogramms liegt auf Fragen nach der Zukunft der Demokratien und der bestehenden Krise der Demokratie in den Staaten Europas und in der Europäischen Union. Interdisziplinarität wird im Studium groß geschrieben und deshalb bieten die Universitäten entsprechend ihrer Expertise Lehrveranstaltungen in den Bereichen der Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft, insbesondere der politischen Kommunikation und der politischen Bildung an.

Forschungsschwerpunkte und netPOL-Projekte:

Politische Bildung, Wahlforschung, europäische Öffentlichkeit, politischer Journalismus, Medien und politische Kommunikation sind nur einige der Themengebiete, auf denen netPOL aktiv Forschung betreibt. Neben dem jährlich stattfindenden Brain & the City Projekt, einem von der siebten Fakultät der Karl-Franzens Universität Graz organisierten Workshop zu politisch aktuellen Themen, wird die Veranstaltungsreihe „Zukunft am Wort“ von Peter Filzmaier gemeinsam mit dem Institut für Strategieanalysen

in Wien (ISA) und der Tageszeitung „Der Standard“ organisiert. PolitikerInnen sind geladene Gäste zu dem „Kamingespräch ohne Kamin“ des Lehrgangs Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems.

Desweiteren gibt netPOL unter der Eigenmarke „Edition netPol“ einmal im Jahr einen Sammelband heraus. Die nächste Ausgabe, die sich mit dem Thema der europäischen Öffentlichkeit beschäftigt, erscheint im Frühjahr 2013. Ein weiteres Tätigkeits- und Forschungsfeld des Netzwerks ist der Bereich der Erwachsenen- und politischen Bildung, koordiniert von der Deutschen Universität für Weiterbildung in Berlin und der Donau-Universität Krems. Das netPOL-Team arbeitet derzeit an einem politischen Bildungsprojekt, das sich zum Ziel setzt, junge Erwachsene für Themen der EU und EU-Politik zu sensibilisieren. Das Projekt soll zeitgleich mit der EU-Wahl 2014 starten.

Die „Politikkabine“, ein Online-Tool, mit dem politische Stellungnahmen von Parteien zu bestimmten Themen abgefragt werden können, wurde vom Institut für Strategieanalysen entwickelt. Dieses Online-Tool soll demnächst auch in Ungarn und Rumänien umgesetzt werden.

netPOL-Team an der AUB

Seit dem 1. September 2011 sind die netPOL-Mitarbeiterinnen Melani Barlai und Christina Griessler an der AUB tätig.

Melani Barlai war zuvor als Lehrbeauftragte an der Technischen Universität Chemnitz tätig. Sie absolvierte einen Master in „Europäische Integration“ und einen Magister in Politikwissenschaft. Christina Griessler promovierte 2009 in Politikwissenschaft an der Universität Wien. Bevor sie nach Budapest kam, arbeitete sie in Irland, wo sie 2009 ein postgraduales Diplom

in Conflict and Dispute Resolution Studies am Trinity College Dublin absolvierte. netPOL entsandte beide Mitarbeiterinnen nach Budapest, um die netPOL-Projekte, insbesondere das netPOL-Doktorat in Kooperation mit der AUB-Doktorschule umzusetzen, aber auch, um Aufgaben im Lehr- und Forschungsbetrieb an der AUB zu übernehmen. Institutionell sind sie an der Fakultät für Internationale Beziehungen und am Donau-Institut angesiedelt. Im Weiteren übernehmen sie Lehraufträge an der Donau-Universität Krems und an der Deutschen Universität für Weiterbildung. netPOL in Budapest wird von den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen in Wien, Graz, Krems, Berlin und Cluj-Napoca/Kolozsvár sowohl administrativ als auch inhaltlich unterstützt.

Bericht von Christina Griessler & Melani Barlai

Projektkoordination netPOL

Dr. Christina Hainzl, MSc
netPOL-Koordinatorin
Tel: + 43 664 8153586
E-Mail: christina.hainzl@strategieanalysen.at
c/o Institut für Strategieanalysen (ISA)
Parkring 12/Stiege 3/Top 87f,
A-1010 Wien
www.strategieanalysen.at

Kontakt an der Andrassy Universität Budapest

Prof. Dr. Ellen Bos
Tel: +36 (0)1 266 44 08
E-Mail: ellen.bos@andrassyuni.hu

Andrássy Universität Budapest
Pollack Mihály tér 3., 1088 Budapest
www.andrassyuni.eu



Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen von netPOL an der AUB:

Mag. Melani Barlai
E-Mail: melani.barlai@netpol.at



Dr. Mag. Christina Griessler
E-Mail: christina.griessler@netpol.at



Die Herausforderungen für Politiker und Bürger in der politischen Kultur der Demokratie



Vom 10. bis 12. Oktober 2012 fand unter dem Titel „Politische Kultur in der Demokratie – Herausforderungen für Politiker und Bürger“ eine vom Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung, der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften und der Fakultät für Internationale Beziehungen der AUB organisierte internationale Tagung statt.

Die Konferenz unter Leitung der AUB-ProfessorInnen Prof. Dr. Ellen Bos, PD Dr. Hendrik Hansen und Dr. Zoltán Tibor Pállinger fokussierte sich auf die „weichen“ Faktoren der politischen Kultur, wie etwa Werte

und Demokratieverständnis, und griff diesbezügliche aktuelle Problemlagen aus unterschiedlichen Perspektiven auf. Finanziell unterstützt wurde die Veranstaltung vom DAAD und dem Deutschen Auswärtigen Amt. Das umfangreiche Programm der Tagung gliederte sich in zwei Teile zu jeweils vier Panels und einer Podiumsdiskussion.

Mehr als 20 Jahre nach dem Ende des Kommunismus hat die Demokratie sich im Vergleich zu anderen politischen Systemen als alternativlos erwiesen, und doch scheint sie gerade im Moment ihres Sieges in eine Krise

zu geraten. Neben länderspezifischen Symptomen dieser Krise, wie z. B. dem starken Antagonismus zwischen den politischen Parteien in Ungarn, gibt es eine Reihe von länderübergreifenden Symptomen, die darauf hinweisen, dass es grundsätzliche Probleme in der Entwicklung der europäischen Demokratien gibt, die je nach Land unterschiedliche Ausprägungen haben. Hierzu zählen unter anderem sinkende Wahlbeteiligungen und ein sinkendes Vertrauen in politische Institutionen. In der Politikwissenschaft ist die Diskussion dieser Probleme von einer einseitigen Ausrichtung auf



Das Podium zum Thema „Die Entwicklung der Demokratie in Ungarn“ mit v.l.n.r. Zoltán Kiszelly, Kodolányi János Hochschule Budapest, Gergely Pröhle, Staatssekretär im Ungarischen Außenministerium, Prof. Dr. Ellen Bos, Professorin für Politikwissenschaft an der AUB und Dr. Georg Paul Hefty, Journalist und ehemaliger Ressortleiter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

allgemeine Probleme in europäischen Demokratien, im zweiten Teil spezifische Schwierigkeiten in ehemals sozialistischen Staaten thematisiert. Dabei wurden die transformationsbedingten Probleme von denen getrennt, die auch in westlichen Demokratien auftreten. Die Podiumsdiskussionen befassten sich mit den Errungenschaften und Schwierigkeiten Ungarns bei der Einführung der parlamentarischen Demokratie sowie mit der Bedeutung der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit für die Entwicklung der Demokratie in Ungarn.

Vor der Tagung fand am Mittwochvormittag ein internationaler Workshop von NachwuchswissenschaftlerInnen zum Thema der Tagung statt – worüber in dieser Ausgabe auch berichtet wird.

institutionelle Faktoren gekennzeichnet; zudem werden die Probleme in westlichen und in mitteleuropäischen Demokratien überwiegend getrennt diskutiert. Im Rahmen der Tagung sollen die sogenannten „weichen“ Faktoren der politischen Kultur – das Werte- und Demokratieverständnis und die politischen Mentalitäten – in den Mittelpunkt der

Auseinandersetzung gestellt werden. Am Beispiel mitteleuropäischer Demokratien – mit dem Schwerpunkt auf Ungarn – soll untersucht werden, welche Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie auf der Ebene der politischen Kultur erfüllt sein müssen.

Im Rahmen der internationalen Tagung wurden im ersten Teil



Liebe zu alten Lastern? - Konservatismus im 21. Jahrhundert

Die internationale Konferenz zur Lage des Konservatismus im 21. Jahrhundert wurde am 30. November 2012 zu Ehren von Herrn Hans Kaiser, dem ehemaligen Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Budapest, an der Andrassy Universität Budapest (AUB) abgehalten. Die Leiterin des Donau-Institutes, Prof. Dr. Ellen Bos, eröffnete im Beisein des Rektors der AUB, Herr Prof. Dr. András Masát feierlich die wissenschaftliche Tagung. Die Konferenz teilte sich in vier Panels, in denen sich zunächst mit den Grundlagen, daraufhin dem rechtlichen und internationalen Bezug sowie schlussendlich mit dem Konservatismus in Ungarn auseinandergesetzt wurde. Dabei stand die definitorische Erfassung, die

kontroverse Betrachtung des Begriffes „Konservatismus“, wie auch die Realisierung konservativer Ideen heute, im Zentrum der Vorträge und den anschließenden Diskussionen.

Moderiert von Herrn Dr. Zoltán Pállinger beschäftigten sich die Referenten des ersten Panels mit den Grundlagen und dem Ursprung von Konservatismus. Herr Prof. Dr. Dietmar Meyer referierte, in Anlehnung an die Leitlinien der Französischen Revolution, unter dem Titel „Konservatismus, Freiheit und Stabilität“ und zeigte die Französische Revolution als einen Ursprung konservativer Ideen auf. Herr Prof. Dr. Siegfried Franke ging in seinem Vortrag der Frage nach, ob „Aufgeklärt konservativ heute und modern liberal

– zwei Seiten derselben Medaille“ seien. Dr. Ralf Thomas Göllner vom Ungarischen Institut in Regensburg näherte sich dem Konservatismus auf europäischer Ebene und hielt seinen Vortrag zum Thema „Kulturelle, nationale oder europäische Identität? Konservatismus und europäische Integration“.

Im zweiten Panel beschäftigten sich die Referenten mit dem rechtlichen Bezug zu Konservatismus. Prof. Dr. István Szabó von der Pázmány Péter Katholische Universität in Budapest begann unter dem Titel „Konservatismus in der Rechtswissenschaft – der Wert von Vergangenheit und Tradition“ zu referieren. Zunächst erörterte er den Zusammenhang zwischen Philosophie

und Recht und verortete beide auf der ständigen Suche nach der Wahrheit. Er warf einen Blick auf das ungarische Recht und stellte fest, dass die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn auch viele Gemeinsamkeiten im Recht, im gemeinsamen Rechtsunterricht und einer gemeinsamen Rechtstradition manifestierte. Der Eisernen Vorhang trennte diese Tradition, sodass die jahrzehntlang unterbrochene Verbindung beider Länder schwer wieder zu kitten war. Dr. David R. Wenger lieferte mit seinem Vortrag „Verfassungskritik damals und heute“ eine kritische Betrachtungsweise auf Verfassung, vor allem in der heutigen Zeit. Er führte aus, dass moderne Verfassungen ab den 90er Jahren einen massiven Zuwachs von Rechtstext, aber auch von Grundrechten erfuhren. Die Anpassung an die pluralistische Gesellschaftsform realisierte sich ebenso in sozialen Rechten wie Recht auf Wohnung oder einen Arbeitsplatz, die ebenso in Verfassungen verankert wurden. Weiterhin führte er die Politisierung des gesamten Rechts als eine Bedrohung aus der Demokratie an. „Die objektive Dimension der Grundrechte“ und das Vorsorgeprinzip seien ein Vorwand des Staates, z.B. präventive Polizeimaßnahmen mit Eingriff in Abwehrgrundsätze der Menschen auszuführen. Schlussfolgernd nannte er das Konzept der ungeschriebenen Grundrechte das Gebot der Stunde und wies darauf hin, dass je mehr metaphysisch richtig, desto mehr im Einzelnen falsch sei. „Dignitas und otium – die Wurzeln zweier konservativer Grundwerte im Staatsdenken des Altertums“ war der Titel, nach dem Dr. Tamás Nótári seinen Vortrag mit historischem Bezug auf Cicero ausrichtete. Zu Beginn richtete er seine Worte direkt an Hans Kaiser, dem ehemaligen Leiter des Auslandsbüros der KAS, um ihn zu zitieren. Nach Nótári hatte Hans Kaiser einmal Konservatismus mit „das macht man nicht“ charakterisiert. Der Referent bezog seinen Vortrag auf das gesellschaftliche Wechselspiel zwischen Popularen und Optimaten bezogen auf die Werke Ciceros. Laut des Autors sei „jeder, der nicht verwegen ist und sich an die Grundregeln hält“ ein Optimat und somit der konservativen Strömung



Das 4. Panel der Konferenz zum Thema „Konservatismus in Ungarn“ mit v.l.n.r. Andreas Oplatka (AUB), Ellen Bos (AUB), Edith Oltay (Berliner Korrespondentenbüro), Zoltán Kiszelly (Kodolányi János Hochschule Budapest) und Ágoston Mráz (Nézőpont Institut Budapest)

zuzuordnen. Ziel der Optimaten sei es, im Gegensatz zu den eher aufrührerischen Popularen für die Bewahrung von „dignitas“ und „otium“ zu sorgen.

Den Auftakt des Panels Konservatismus im internationalen Vergleich leistete Prof. Dr. Ellen Bos, welche das Thema „Konservatismus und Systemtransformation“ in ihrem Vortrag behandelte. Dabei ging sie auf die Frage ein, welche Bedeutung der Konservatismus im Kontext mit Transformationsprozessen besitzt.

Hierzu griff sie den idealtypischen Verlauf von Systemwechselprozessen auf und erläuterte die jeweilige Rolle des Konservatismus für die einzelnen Phasen des Prozesses. Im Anschluss daran referierte Dr. Kálmán Pócza über „Konservatismus als Disposition: ein normativer Ansatz aus mitteleuropäischer Perspektive“. Diesbezüglich erörterte Dr. Pócza den verschieden verstandenen Charakter des Konservatismus und thematisierte dabei vor allem den Konservatismus als Disposition, wobei er den Dispositionsbegriff näher beleuchtete. Abschließend hielt Dr. Zoltán Tibor Pállinger seinen Vortrag mit dem Titel „Zwischen Progressivismus und Konservatismus: Paradoxien direkter Demokratie“. Hierbei nahm er Bezug auf den Begriff der direkten Demokratie und gab einen historischen Rückblick

bezüglich der Thematik. Darüber hinaus ging Dr. Pállinger näher auf die Instrumente der direkten Demokratie ein. Es wurde die Hypothese aufgestellt, dass die direkte Demokratie eine rechts-konservative Wirkung aufweist. Der Vortrag wurde mit dem Fazit, dass Konservative nach den gemachten Erläuterungen eine direkte Demokratie befürworten sollten, abgeschlossen.

Die Vorträge des letzten Panels wurden durch Herrn Prof. Dr. Andreas Oplatka eröffnet, der mit seinem Beitrag „Graf Miklós Bánffy's Siebenbürger Triologie – konservative Kritik am Konservatismus“ auf Basis des gleichnamigen Monumentalromans von 1934-1940 eine umfassende Analyse des ungarischen Konservatismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeichnete. Er verdeutlichte diese Strukturen anhand der allgemeinen außenpolitischen Gleichgültigkeit der Eliten, einem verqueren Demokratieverständnis, das den neuen bürgerlichen Kräften die demokratische Legitimation aberkannte und die Ignoranz der konservativen Eliten gegenüber der sozialen Probleme, die durch die ungeklärte Bauernfrage im Entstehen war.

Im Anschluss präsentierte Edith Oltay, Mitglied des Berliner Korrespondentenbüros, die Ergebnisse einer Untersuchung über die „Fidesz und die Neuerfindung des Ungarischen

Mitte-Rechtslagers“. Im Rahmen ihres Vortrages zeichnete sie die Entwicklung der Fidesz von einer Jugendorganisation zur ungarischen Regierungspartei nach. Als besonderes Momentum müsse vor allem die Stabilität der Partei trotz der zwei Wahlniederlagen in den Jahren 2002 und 2006 angesehen werden. Zu den Merkmalen, die dies möglich gemacht haben, gehörten vor allem der konsequente Ausbau der inneren Parteistruktur, die junge Führungsgeneration, der Aufbau einer breiten ideologischen Plattform unter der Vision eines bürgerlichen Ungarns, die als Auffangbecken dient und die Figur Viktor Orbán, der als charismatische Führungspersonlichkeit eine Identifikationsfigur darstellt. Daraufhin referierte Herr Zoltán Kiszelly über die Entwicklung des Konservatismus im ungarischen Parteiensystem. Aufgehend von der Hypothese, dass das ungarische Parteiensystem bis heute von der Trennlinie zwischen

antikommunistisch und postsozialistisch bestimmt wird, schlug der Referent einen Bogen zwischen den politischen Entwicklungen vor und nach der sowjetischen Zeit. In der Entwicklung der vorsowjetischen Zeit betonte er vor allem die fehlende Herausbildung von Konfliktlinien innerhalb der Eliten, so konnten die Konservativen innerhalb des Blocks der Antikommunisten kein Alleinstellungsmerkmal herausarbeiten. Im aktuellen ungarischen Gesellschafts- und Parteiensystem verortete er ein konservatives Paradoxon, das sich bei den konservativen Parteien durch eine konservative wertedominierte Gesellschaftspolitik, aber eine progressive Wirtschaftspolitik ausdrückt.

Im abschließenden Beitrag zu den „Konservativen Werten als Orientierungsrahmen der ungarischen Gesellschaft“ argumentierte Ágoston Mráz vom Nézőpont Institut anhand von fünf Leitthesen, dass konservative

Werte richtungsweisende Leitlinien bilden, die einzelnen Akteure sich aber selber nicht als konservativ einordnen. Die Ursachen für dieses Verhalten könne auf die negative Besetzung des Begriffes „konservativ“ zurückzuführen sein, der von politischen Gegnern der Fidesz als Synonym für rückschrittlich, traditionell oder nationalistisch genutzt werde. In Bezug auf die Fidesz stellte Mráz fest, dass deren politischer Output durchaus als konservativ betrachtet werden kann, dass die Partei als Volkspartei aber keineswegs ausschließlich eine konservative Facette hat.

Paula Beger, Mona Kappel, Simone Blunck, Benjamin Barthel

Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.ujszachenyinterv.gov.hu
06 40 638 638

MAGYARORSZÁG MEGÚJUL

A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015

Jüdisches Leben im ungarisch-österreichischen Grenzraum des 19. und 20. Jahrhunderts

Die Fakultät für Mitteleuropäische Studien der Andrassy Universität Budapest (AUB), das Centrum für Jüdische Studien der Karl-Franzens-Universität Graz und das Zentrum für deutschsprachige jüdische Kultur Mitteleuropas an der Eötvös Loránd Universität Budapest hielten zwischen dem 29. und 31. Oktober 2012 an der AUB eine zweisprachige Konferenz ab mit dem Titel „Jüdisches Leben im ungarisch-österreichischen Grenzraum des 19. und 20. Jahrhunderts“ / „Jewish Life in the 19th and 20th Century Austrian-Hungarian Border Region.“ Die Konferenz wurde u.a. vom Österreichischen Kulturforum Budapest, vom Israelischen Kulturforum Budapest und von der Aktion Österreich-Ungarn unterstützt. An der Veranstaltung nahmen international renommierte Wissenschaftler teil, die die interdisziplinäre Ausrichtung der Konferenz gewährleisteten. Das ausgeschriebene Thema konnte demnach aus historischen, kulturwissenschaftlichen, soziologischen und



Verfolgen interessiert die Tagung in der ersten Reihe, v.l.n.r. Susanne Bachfischer (Direktorin des Österreichischen Kulturforums Budapest), Ilan Mor (Israelischer Botschafter in Ungarn), Michael Zimmermann (Österreichischer Botschafter in Ungarn) und András Masát (Rektor AUB)

ethnographischen Aspekten diskutiert werden. Nach der Eröffnung durch den Rektor der AUB, András Masát, und durch den österreichischen Botschafter in Ungarn, Michael Zimmermann, die die Bedeutung der österreichisch-

ungarischen Grenzregion als ein Teil des kulturellen Erbes Europas betonten, hielt Alice Freifeld (Florida) den Eröffnungsvortrag über das ungarische Judentum im 19. und 20. Jahrhundert, wobei die Geschichte des ungarischen Judentums besonders der

Stadt Budapest parallel zu historischen Umbrüchen der Österreich-Ungarischen Monarchie und Ungarns erörtert wurden. Einen Auftakt der Konferenz und eine Einführung ins Thema leistete der Vortrag von Gerald Lamprecht (Graz), in dem die Multikulturalität des Grenzraumes und die Rolle jüdischer Geschichte als Teil des kollektiven Gedächtnisses auf diesem Gebiet hervorgehoben wurden. Die Vorträge des ersten Panels gaben einen Überblick über die österreichisch-ungarische Grenzregion. Brigitta Eszter Gantner (Berlin/Budapest) lenkte die Aufmerksamkeit auf eine Forschungslücke ungarischer Historiographie, auf die Erforschung der Ausdifferenzierung jüdischer Gesellschaft während der wirtschaftlichen Umstellung der Monarchie im 19. Jahrhundert. Levi Cooper (Ramat Gan) griff auf die Untersuchung einer anderen, nicht weniger spannenden Grenzregion zwischen Galizien und Ungarn zurück, und erörterte die Schlüsselposition des Rabbinats von Munkács (heute Мукачеве) zwischen Chassidismus und Orthodoxie. Auf die Besonderheit der österreichisch-ungarischen Grenzregion wies Kevin D. Goldberg (Providence) im Kontext jüdischer Weinhändler vor dem Hintergrund der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts und der sog. Kunstweinfrage hin.

Die Vorträge der zweiten Sektion konzentrierten sich auf das Phänomen der Migration und des kulturellen Transfers. Rachel Manekin (Maryland) präsentierte die Zurückweisung des Schismas in Cisleithanien und das Scheitern eines ungarisch-jüdischen Modells. Als Zeugen kulturellen Transfers in der Region thematisierte Johannes Reiss (Eisenstadt) hebräische Grabinschriften jüdischer Friedhöfe des Burgenlandes, die auch als „eigene literarische Gattung des Judentums“ gelesen werden können. Grabinschriften als Quellen wurden ebenfalls im Beitrag von Gerald Lamprecht (Graz) herangezogen, der den Zuzug der Juden nach Graz bzw. die Gründung der jüdischen Gemeinde in Graz durch ungarische Juden thematisierte.

Im Nachmittagspanel setzten sich die Referenten mit dem Thema Leben



Alice Freifeld (Universität Florida) bei ihrem Vortrag zu „Hungarian Jewry and Regime Change: Patriots, Martyrs, Commissars“

in der Grenzregion auseinander. Ursula Mindler (Budapest) lenkte die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung von Lokalstudien im „multikulturellen Musterland“ Burgenland. Mit der Methode der Hinterfragung von Narrativen stellte sie das Zusammenleben der multiethnischen und -konfessionellen Einwohner Oberwärts im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts dar. Michael Hess (Neusiedl am See) zeichnete das Schicksal Neusiedler Juden am Beispiel der prominenten Rosenfeld-Familie nach. Anna Liesch (Basel) setzte mit ihrem Beitrag die Vorstellung von Familiengeschichten als Repräsentanten historischer Umbrüche fort und erörterte die Geschichte der nach Westen geflüchteten Familie Neufeld aus Lackenbach, u. a. auf Basis von Materialien aus dem Familiennachlass.

Zur Fortsetzung der Sektion kam es am Mittwochvormittag. Das Leben im jüdischen Ghetto Pressburgs und die Topographie der Erfahrung waren das Thema von Julia Richers (Basel), während Marija Vulesica (Berlin) sich mit dem Phänomen des Zionismus im österreichisch-ungarischen Grenzraum am Beispiel Lavoslav Schick auseinandersetzte. Der letzte Vortrag des Panels von Vanda Vitti (München) schloss die Diskussion über unterschiedliche Lebensformen in dem behandelten Raum mit einer Fallstudie über die Transformation

jüdischer Lebenswelten seit der Wende in unterschiedlichen slowakischen Städten, wie in Košice/Kaschau, ab.

Die Bedeutung der Erinnerung und des Gedenkens wurden im letzten thematischen Teil der Konferenz aus unterschiedlichen Aspekten behandelt. Elisabeth Arlt (Laafeld) sprach über die historische Region Übermurgebiet in Slowenien, die als Reminiszenz an eine verschwundene Kultur gelesen werden kann. An diesen Beitrag schloss sich thematisch die Präsentation Gert Tschogls (Eisenstadt) an, der die Region Westungarn-Burgenland als einen Transferraum jüdischer Familiengeschichten darstellte. Zur Herauskristallisierung der Vermittlerfunktion der Region trug der Vortrag Paul Guldass (Rechnitz) bei, der den Gedächtnisort Kreuzstadt bei Rechnitz als Beispiel heranzog.

Die wechselhaften Themen und Annäherungsweisen sorgten für spannende Diskussionen, die sowohl in den Kaffeepausen, als auch am Mittagstisch weitergeführt werden konnten. Zusammenfassend können also die Organisatoren auf eine besonders erfolgreiche Veranstaltung zurückblicken, der in der Zukunft hoffentlich weitere folgen werden.

Orsolya Lénárt

2. Internationale Doktorandentagung - „Bewegtes Mitteleuropa“

Die 2. Internationale Doktorandentagung des Doktoratskollegs der Andrassy Universität Budapest (AUB) stand vom 15.-16. November 2012 unter dem Motto „Bewegtes Mitteleuropa“. Ziel war es, jungen Wissenschaftlern aus verschiedensten geisteswissenschaftlichen Disziplinen ein Forum zu bieten, ihre Dissertations- und Forschungsvorhaben mit einem Bezug zum mitteleuropäischen Raum zu präsentieren und zu diskutieren.

Im ersten Panel der Tagung lag der Schwerpunkt auf den Themen Emigration und Remigration. Geleitet wurde das Panel von Georg Hoffmann (AUB, Karl-Franzens-Universität Graz). Andreas Pöschek (Universität Wien) sprach in dem Auftaktvortrag sodann über die ungarische Emigration in Wien in den 1920er Jahren. In dem Beitrag legte Pöschek einen Schwerpunkt auf die Medien der Ausgewanderten. Die politische Situation in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg und die mehrfachen Machtwechsel in den Jahren 1919 bis 1921 bewogen viele intellektuelle und kulturschaffende Ungarn zu einer Emigration in das politisch stabilere Österreich. Pöschek betonte, dass den Ausgewanderten im österreichischen Exil zwar eine weitgehende Pressefreiheit eingeräumt wurde, dennoch standen ihre Medien unter einer fortlaufenden Beobachtung österreichischer und ungarischer Behörden.

Kristóf Erdős (ELTE, Budapest) berichtete im Anschluss daran über die Tätigkeitsbereiche der Außenstellen des Ungarischen Roten Kreuzes in den Folgejahren des Zweiten Weltkriegs. Der Schwerpunkt seines Beitrags lag dabei auf den, im Zeitraum zwischen 1945 und 1947, in Österreich arbeitenden Hilfsstellen der Organisation. Nach dem Zweiten Weltkrieg hielten sich in Österreich rund 500.000 ungarische Flüchtlinge auf. Durch die Arbeit der Hilfsstellen konnten bis 1947 rund 455.000 Ungarn in ihre Heimat zurückkehren.

Sebastian Sparwasser (AUB, Universität Freiburg) sprach über die



Doktoranden trafen sich an der AUB zum Thema „Bewegtes Mitteleuropa“

Rücksiedlung ungarndeutscher Vertriebener. Rund 10.000 aus Ungarn vertriebene Deutsche waren nach ihrer Enteignung und Aussiedlung in das besetzte Deutschland wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Anhand der Bezugnahme auf lebensgeschichtliche Zeugnisse zeigte Sparwasser, dass eine Rückwanderung der aus Ungarn vertriebenen Deutschen bis in die 1950er Jahre hinein eng mit dem Gefühl des Heimwehs verbunden war. Das zweite Panel der Tagung stand unter dem Titel „Biographie und Geschichte“. Den Chair hatte Ursula Mindler (AUB) inne. Den Auftakt machte Orsolya Lénárt (AUB, ELTE, Budapest) mit einem Vortrag über das Bild des Fürsten Imre Thökölys und Ungarns in der deutschsprachigen Literatur Ende des 17. Jahrhunderts. Der Vortrag zeigte, dass sich die auswärtige Rezeption Ungarns insbesondere im Zuge der Magnatenverschwörung und des Thököly-Aufstandes umgekehrt hatte. Ausgehend von einem positiven Bild als Bollwerks des Christentums wurde Ungarn zunehmend als Feind des Westens rezipiert.

Im Anschluss daran sprach Maria Fanta (AUB) zum Thema „Journalisten in kommunistischen Parteimedien in Österreich und der SBZ/DDR (1945–1956)“. In ihrem Dissertationsvorhaben untersucht Fanta die ideologische und berufliche Identität von Journalisten in kommunistischen Parteiorganen.

Martin Munke (Technische Universität

Chemnitz) befasste sich mit dem Diplomaten Georg Leibbrandt (1899–1982), der im nationalsozialistischen Deutschland als Experte für Ostpolitik galt und in zahlreichen Gremien die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in Mittel- und Osteuropas mitverantwortete. Da Leibbrandts Biographie bislang weitgehend unerforscht blieb, gilt es die Rolle Leibbrandts in der NS-Politik genauer nachzuzeichnen.

Fabienne Gouverneurs (AUB) Vortrag stand unter dem Motto „Privat, Politisch, Professionell“. Sie untersuchte die Motivation der Korrespondenz zwischen dem in Berlin lebenden ungarischen Journalisten Mike Fodor und dem amerikanischen Senator James Fulbright. Die Korrespondenz, die zwischen 1943 und 1968 aufrechterhalten worden war, war von Seiten Fodors eine Möglichkeit seine antikommunistische Haltung zu präsentieren, von Seiten Fulbrights war der Kontakt zu Fodor pragmatischer Natur, um über politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Mitteleuropa auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Max Graf (Österreichische Akademie der Wissenschaften) leitete das dritte Panel der Tagung „Sozialismus in Mittel- und Osteuropa“. Graf vermerkte in seiner Einführung, dass die Öffnung der Archive in Mittel- und Osteuropa seit der Wende nicht nur in den Geschichtswissenschaften,

sondern auch in alltagsgeschichtlicher Forschung neue Annäherungsmöglichkeiten und Fragestellungen hervorgebracht haben. Erika Regner (AUB) eröffnete das Panel mit einem Vortrag über „Die Macht des Kanons“. Sie zeigte darin zunächst theoretisch, welche politische und institutionelle Macht von kanonisierter Literatur ausgeht. Gerade für das sozialistische Ungarn ist dies gut zu beobachten. Ein Beispiel hierfür ist etwa das Werk des Schriftstellers Géza Ottlik, der im Sozialismus in einer Art innere Emigration gezwungen wurde, seine Schriften waren verboten. Im Rahmen der europäischen Integration Ungarns seit der Wende wurde das literarische Schaffen Ottliks' s gänzlich neu bewertet und ist heute zentraler Bestandteil des literarischen Kanons in Ungarn.

Im Anschluss veranschaulichte Andra Drăghiciu (AUB) in ihrem Beitrag „Underground-Kultur im Kommunismus. Ein Regionalfall“ die Situation der deutschen Jugend im kommunistischen Rumänien Ceausescus der 1980er Jahre. Die deutschstämmige Jugend hatte dort einen privilegierten Status inne und profitierte dabei insbesondere von den im Ausland lebenden Verwandten, die ihnen Geld und etwa auch westliche Markenprodukte zu Verfügung stellten. Hierdurch hatte die deutsche Jugend Rumäniens eine Art Vermittlerrolle inne und öffnete rumänischen Jugendlichen den Blick in den Westen.

In ihrem Vortrag „Das ungarische Jeansprogramm: Die Lebensstandardpolitik der Kádár-Ära als Antwort auf die Wirtschafts- und Legitimationskrise der siebziger Jahre“ machte Fruzsina Müller (Universität

Leipzig) darauf aufmerksam, dass die ungarische Politik der 1970er und 1980er Jahre insbesondere in Krisenzeiten eine Annäherung an westliche Modestandards suchte. Anhand zweier Beispiele, der ungarischen Turnschuhmarke Tisza und der Jeansmarke Trapper, zeigte Müller, dass westliche Markenprodukte starken Einfluss auf die ungarische Bekleidungsproduktion hatten.

Im Panel „Kollektives und kulturelles Gedächtnis“, geleitet von Nicole-Melanie Goll (AUB, Karl-Franzens-Universität Graz), befasste sich Kristina Chmelar (Universität Erlangen, Universität Nürnberg) mit dem Thema „Erinnerung macht Europa. Zu Kohärenz und Konkurrenz ostmitteleuropäischer Vergangenheitsdeutungen nach 1989“. Sie machte deutlich, dass die geschichtspolitische Auseinandersetzung mit der jüngeren europäischen Geschichte nach wie vor von nationalen Akteuren getragen wird und vom gemeinsamen europäischen Gedächtnis zum gegenwärtigen Zeitpunkt deshalb nicht gesprochen werden könne.

Timea Djerdj (AUB) beschäftigte sich in ihrem Beitrag „It is beautiful in hell, because there are festivals of the Avantgarde“ mit der musikalischen Avantgarde im Sozialismus. Sie zeigte, dass die im mitteleuropäischen Raum entstandenen Musikfestivals einerseits zur politischen Propaganda, andererseits aber als Plattformen moderner und anti-sozialistischer Kunst verstanden werden können.

Patrick Jajkos (AUB) Vortrag zum Thema „Toponyme als Medien des kollektiven Gedächtnisses“ zeigte, dass Straßennamen gerade in Situationen des Umbruchs entscheidende Bedeutung für die ideologische und politische Repräsentation von Regimen haben. Er veranschaulichte dies am Beispiel des Budapester Kossuth tér,

der im Laufe des 20. Jahrhunderts nach politischen Brüchen gleich mehrfach umbenannt wurde.

Das letzte Panel der Tagung stand schließlich unter dem Motto „Sozialgeschichte“ und wurde von Richard Lein (AUB) geleitet. Den Auftakt machte Andrei Pogăciaș (Universität Cluj-Napoca). In seinem Vortrag sprach Pogăciaș von der „Rumänischen Kriegsführung im österreichisch-türkischen Krieg 1715–1718“ und veranschaulichte, dass rumänische Truppenverbände in ihrer Kriegsführung gegen das moderne habsburgische Heer mit großem Erfolg auch auf alte Kriegstechniken zurückgriffen.

Im Anschluss erarbeitete Friederike Gollmann (AUB, Karl-Franzens-Universität Graz) in ihrem Vortrag über die „Österreichische Ordnung in Triest“ wie Konflikte zwischen lokalen Kräften und der gesamtstaatlicher Ordnungsmacht in Triest Ende des 19. Jahrhunderts ausgetragen wurden. Besonders deutlich wurde ein repressives Vorgehen der österreichischen Staatsmacht nach dem versuchten Attentat Wilhelm Oberdanks auf Kaiser Franz Josef bei dessen Besuch in Triest im September 1882.

Den Abschluss der Tagung bildete ein Beitrag von Daniela Javorics (AUB). Sie zeichnete darin die Auswirkungen der Räterepublik auf Westungarn nach. Am Beispiel einiger westungarischer Gemeinden und Städte zeigte Javorics, dass die im Frühjahr 1919 installierte kommunistische Zentralregierung auch auf lokaler Ebene zentral formulierte Verordnungen durchsetzen wollte.

Sebastian Sparwasser

Südtirol in Vergangenheit und Gegenwart

„Wir reden hier von inneritalienischen Problemen, da braucht es keine Kompetenzen für Wien“ - lautete die jüngste Aussage des italienischen Ministerpräsidenten Monti am 25. Oktober 2012 in einem Interview mit der österreichischen Tageszeitung „Kurier“. Diese Worte ließen einige Kratzer am Bild Südtirols entstehen,

gilt doch das Südtiroler-Modell als positives Beispiel dafür, dass eine Autonomie gut funktionieren kann. Für den Erfolg des Autonomie-Modells waren drei Elemente notwendig: Minderheitenschutz, die Wirtschaft als Standbein sowie Zeit – so das Fazit der internationalen Konferenz „Südtirol in Vergangenheit und Gegenwart“, die

vom 21. bis zum 22. November an der AUB stattfand.

Eröffnet wurde die Konferenz durch den Prorektor der Andrássy Universität, Stefan Okruch, den österreichischen Botschafter Michael Zimmermann und der Leiterin des Österreichischen Kulturforums Susanne Bachfischer. Botschafter Ludwig Steiner, der an

der Ausverhandlung des Südtirol-Pakets maßgeblich beteiligt war, leitete die Konferenz mit persönlichen Erinnerungen ein. In seiner keynote speech unterstrich er den einzigartigen Charakter des heutigen Landes Südtirols, welches „von den Südtirolern selbst geschaffen worden ist“. Das intellektuelle Potential des Landes machte es möglich, so Steiner, dass es sich auch wirtschaftlich weiterentwickeln konnte. „Eine Autonomie ohne finanzielle Basis ist keine gute Autonomie“ – so sein Resümee.

Michael Gehler (Obmann der Historischen Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) stellte in seinem Vortrag 15 Thesen über die Geschichte, Gegenwart und Zukunft Südtirols auf, um dann abschließend auf die historische Kompromisslösung der Paketentscheidung von 1969 einzugehen. Er betonte, dass Mario Montis Aussage über Südtirol als eine „inneritalienische Angelegenheit“ nichts Neues in der Geschichte der italienischen Südtirolpolitik, sondern ein „Dauerbrenner“ sei, umso erstaunlicher jedenfalls, als vormalige internationale Vereinbarungen über Südtirol offenbar dem italienischen Regierungschef nicht bekannt seien. Nach wie vor herrsche offensichtlich „der lange Schatten des Nationalstaats in Europa. Das ist die Realität“ – so Gehler. In Bezug auf die Vergangenheit Südtirols bezeichnete er die Südtirolfrage als Ergebnis des durch den Ersten Weltkrieg vollkommen entfesselten italienischen Nationalismus, der durch Expansionsbestrebungen nicht nur in Afrika, sondern auch im Alpenraum gekennzeichnet war. Die bereits in der Vergangenheit und aktuell als Reaktion auf Montis Aussage erneut von Wien betonte Schutzmachtstellung für Südtirol erhielt dadurch eine neue Dimension. Sobald jedenfalls die Autonomie angezweifelt werde, sei die Südtirol-Frage erneut gestellt, die Geschichte somit „wieder auf dem Tisch und der Ausgang offen“, so Gehler.

Herbert Küpper (Institut für Ostrecht, Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa Regensburg) setzte sich in seinen Ausführungen mit den Begriffstermini Auto-



Botschafter Ludwig Steiner bereicherte die Tagung mit persönlichen Erinnerungen

nomie und Selbstverwaltung auseinander. Öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungen seien beispielsweise in Ungarn verbreitet, „da dort keine funktionierende Zivilgesellschaft vorhanden ist“ – so Küpper. Zur Entstehung einer Autonomie bedürfe es dennoch mehr als einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Die Schutzmachtfunktion der „Zuständigen“, wie auch die enge Zusammenarbeit der betroffenen Staaten seien dabei unerlässlich. Eine gezielte Raumplanung, wie sie sich in Südtirol als Grundstein der Autonomie erfolgreich etablierte, könnte für ähnliche Bestrebungen im europäischen Raum ebenfalls von Interesse sein.

Am zweiten Tag der Konferenz folgte das zweite Panel mit den Vorträgen von Herbert Speckner (Landesverteidigungsakademie Wien), Paul Luif (Österreichisches Institut für Internationale Politik Wien) und Koloman Brenner (Eötvös Loránd Universität in Budapest). Speckner referierte über seine Forschungsergebnisse zu den Ereignissen rund um den Anschlag in der Porzescharte am 25. Juni 1967, der als Höhepunkt des Südtirolproblems gilt. Luif behandelte in seinen Ausführungen die Rolle der Südtirolfrage in der Annäherung Österreichs an die EU bzw. die Bedeutung Südtirols im Prozess des EU-Beitritts Österreichs. Koloman Brenner verglich in seinem

Vortrag die Sprachpolitik gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol und Ungarn. Er machte auf das Problem aufmerksam, dass es bislang kein einheitliches und bindendes EU-Recht bezüglich der Minderheitenrechte gibt. Brenner zeigte dabei folgende Parallelen zwischen Südtirolern und Ungarndeutschen auf: Nach dem Ersten Weltkrieg herrschten sowohl in Italien, als auch in Ungarn autoritäre Regime mit einer restriktiven Sprachpolitik. Beide deutschsprachigen Minderheiten waren in der Zwischenkriegszeit und auch während des Zweiten Weltkriegs zum Spielball von Hitler-Deutschland und Italien/Ungarn geworden. Beide Minderheitengruppen bilden heute mit ca. 500.000 Personen zahlenmäßig ähnlich große Gemeinschaften und die einzige starke nationale Minderheit in Italien bzw. Ungarn. Beide wirken der Assimilation gezielt entgegen. Die Stellung der deutschsprachigen Minderheit in Ungarn sei in der Zwischenkriegszeit durch die revisionistische Politik der Budapester Regierung und in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Vertreibungs- und Assimilierungsprogramme des kommunistischen Regimes stark geschwächt worden. Heute kämpfe die deutsche Minderheit stets für eine sichere Zukunft und die Neubelebung der deutschen Sprache – so das Resümee Brenners.

Christoph Pan (Leiter des Südtiroler



Am Podium diskutierten Stefan Okruch (Prorektor AUB), Michael Zimmermann (Österreichischer Botschafter in Ungarn) und Susanne Bachfischer (Leiterin des Österreichischen Kulturforum Budapest)

anlässlich des 45-jährigen Jubiläums des Höhepunkts der Südtirol-Anschläge unterstützten das Land Südtirol, die Österreichische Botschaft Budapest, das Österreichische Kulturforum Budapest und das Netzwerk Politische Kommunikation. Konzipiert und durchgeführt wurde sie von den AssistentInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Andrássy Universität.

Melani Barlai

Organisiert wurde die vom Land Südtirol finanziell großzügig unterstützte Veranstaltung von wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Fakultäten MES (Mittleuropäische Studien), VSR (Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften) und IB (Internationale Beziehungen).

Volksgruppeninstituts Bozen) betitelt seinen Vortrag „Minderheitenschutz in Europa mit Bezug auf Südtirol: Zwischen Gewalt und Vernunft, vom Konflikt zum Mehrwertpotenzial“. In Europa leben im zugefolge heute ca. 350 ethnische und nationale Minderheiten. Jeder siebte Europäer sei somit Angehöriger einer Minderheit. „Dies ist ein riesiges Konfliktpotenzial. Minderheitenschutz ist immer eine Gratwanderung zwischen Vernunft und Gewalt“ – betonte Pan, der auch die Gründe für den Erfolg des Südtiroler Modells erläuterte. Den Hauptgrund sieht er in der wirtschaftlichen Stärke Südtirols, das heute eine Vollbeschäftigung verzeichnet und zu den zwanzig am meist entwickelten NUTS2-Regionen zählt. Zusammenfassend unterstrich er, dass „Minderheitenpolitik nur in einem europäischen Zusammenhang gesehen werden kann“.

„Korrekturen am Südtirol-Bild“ lautete der Titel des Vortrags von Reinhard Olt (Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung i.R.). Olt bezeichnete Südtirol als eine Erfolgsgeschichte, auf die er auch immer wieder in seinem publizistischen Wirken aufmerksam gemacht habe. Olt zeigte sich besorgt über die Tatsache, dass die „Rom-Bewegung“ immer stärker werde und sich eine Führungskrise innerhalb der SVP (Südtiroler Volkspartei) abzeichne.

„Das System Durnwalder zerbricht, er ist beim ‚Herbst seines politischen Daseins‘ angekommen“ – so das Fazit von Olt.

Der abschließende Vortrag mit dem Titel „Die Grundsätze der Südtirolautonomie im Lichte neuer Herausforderungen“ von Alice Engl (European Academy of Bozen/Bolzano) beleuchtete die Definitionen des ethnischen Proporz, die Sprachgruppen-Zugehörigkeitserklärung, die Zweisprachigkeit, den Unterricht in der Muttersprache sowie das Finanzierungssystem vor und nach dem Mailänder Abkommen 2009, das auf dem Prinzip „neun Zehntel auf alles“ beruht. Südtirol ist demnach künftig an allen im Land eingehobenen Steuern zu neun Zehntel beteiligt, so auch an der Körperschaftsteuer IRES, der Mineralölsteuer, der Versicherungssteuer, der Steuer auf Finanzprodukte oder an den Abgaben auf Glücksspiele.

Das Schlusswort übernahm Christina Griessler (netPOL), die sich bei dem Organisationsteam, insbesondere bei Richard Lein für seine Koordination, den Förderern und den Referenten bedankte. Gleichzeitig betonte sie die Wichtigkeit der Fortsetzung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema auch in einem europäischen Kontext.

Das Zustandekommen der Konferenz



Studierende unterwegs

Brüssel-Exkursion

In der ersten Dezemberwoche 2012 fand die traditionelle Exkursion der AUB nach Brüssel statt. An der Exkursion nahmen 30 Studierende aus den Studiengängen Internationale Beziehungen, International Economy and Business, Europäische und Internationale Verwaltung und dem LL.M.-Programm teil, die zuvor in der Lehrveranstaltung „Politische Systeme der EU“ darauf vorbereitet wurden. Geleitet wurde die Exkursion von Herrn Dr. Hendrik Hansen. Zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, die die Exkursion organisierten, nahmen ebenfalls teil.

Das Programm startete am Dienstagmorgen mit einem Besuch bei dem Centre for European Studies, wo ein Referent über die Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien und diesem Institut sowie über die Anfertigung der politischen Analysen berichtete. Danach hatte die Gruppe einen Termin im Ausschuss der Regionen.

Der wichtigste Programmpunkt an diesem Tag war der Besuch des Europäischen Parlaments, wo auch Herr Jürgen Dieringer, der ehemalige Organisator der Brüssel-Exkursion die Gruppe begrüßte. Hier haben die Studierende die Arbeit der ungarischen und deutschen Parlamentarier näher kennengelernt, und auch die Tätigkeit der Sprachjuristen wurde vorgestellt.

Mittwochvormittag besuchte die Gruppe die Europäische Kommission, wo Vorträge über Wettbewerbsrecht, Beihilferecht und Finanzpolitik gehalten wurden. Nach der Mittagspause stand der Besuch des Rates der Europäischen Union auf dem Programm, wo die Arbeit des Rates und die Zusammenarbeit der europäischen Institutionen vorgestellt wurde.

Am nächsten Tag hat die Gruppe den Vormittag und auch das Mittagessen in der NATO verbracht, wo die Studierenden sich mit Vertretern der ungarischen und deutschen Delegation unterhalten konnten. Am Abend fand ein gemeinsames Abendessen statt, bei



Die Studierenden in Brüssel bei der Europäischen Kommission

dem Herr Hansen sich für die sehr gute Zusammenarbeit der Gruppe bedankt hat.

Am Freitagmorgen stand zunächst ein Besuch des Verbindungsbüros des Deutschen Bundestages an, wo auch das Verhältnis zu anderen nationalen und EU-Institutionen dargestellt wurde.

Danach besuchte die Gruppe Siemens, wo auch ein ehemaliger AUB-Student einen Vortrag über die Arbeit des Brüsseler Büros von Siemens hielt. Am Nachmittag gab es noch ein Termin in der Ständigen Vertretung Österreichs,

wo unter anderem eine Referentin über die Donau-Strategie ausführlich sprach. Aufgrund der Probleme am Liszt Ferenc Flughafen, konnte die Gruppe erst am Sonntag und nicht wie geplant am Freitagabend nach Hause fliegen. Alle TeilnehmerInnen empfanden die Exkursion als sehr positiv. Während dieser kurzen Woche hatten sie die Möglichkeit, die Arbeit in der EU und das Leben in Brüssel näher kennen zu lernen.

Janina Apostolou & Kornélia Kozák

Nachrichten des Alumni-Verein

3. Generalversammlung



Der feierlichen Diplomübergabe folgend, fand am Freitagnachmittag, dem 7. September 2012 die 3. Generalversammlung des Alumni-Verein an der Andrássy Universität Budapest (AUB) statt. An diesem jährlichen Treffen wurden als erstes die neuen Mitglieder des Vereins herzlich begrüßt. Anschließend wurde das vergangene Jahr finanziell und inhaltlich ausgewertet als auch Ideen für die kommende Zeit gesammelt.

Der Kanzler der Universität, Ákos Domahidi, LL.M. bedankte sich nochmals bei den Mitgliedern des Vereins, für die tatkräftige Unterstützung der Universität beim Andrássy Netzwerktag. Die TeilnehmerInnen versicherten die AUB über ihre Absicht, zukünftig verstärkt an dieser Veranstaltung mitzuwirken.

Als wichtigster Beschluss vollzog der Verein eine Satzungsänderung,

indem er seinen Mitgliedern ab sofort die Entrichtung eines Mitgliedsbeitrags freigab. Es sind nun alle AbsolventInnen der AUB mit freiwilliger Unterstützung des Vereins willkommen.

Die Mitglieder, auch von weit her angeeist, freuten sich über das Beisammensein, welches sie am Herbstball der Studierendenschaft fortsetzen.

Alumni-Stammtisch in Wien

Im Rahmen des Wiener Andrássy-Tages lud die AUB zum Dienstagabend, dem 6. November 2012 ihre Alumni zu einem gemütlichen Abend in eine wienerische Gaststätte zu einem Stammtisch ein. Die freundliche Atmosphäre des Esterhazykellers bot neben Getränken und einigen leckeren Happen den versammelten AbsolventInnen beste Möglichkeit zur Unterhaltung. Es wurde über die alten Zeiten an der AUB und die Berufserfahrungen geredet, und die Anwesenden befragten den Rektor, Herrn András Masát und den Kanzler, Herrn Ákos Domahidi über das derzeitige Leben an der AUB. Nach dem Erfolg dieses Abends ist eine Fortsetzung der Alumni-Stammtische im Ausland geplant.



Alumni-Stammtisch in Wien, ebenfalls anwesend András Masát, Rektor der AUB (1. v.l.) und Ákos Domahidi, Kanzler der AUB (3. v.l.)

Andrássy Alumni an der Belgischen Botschaft in Budapest

Zum Dienstagabend, dem 11. Dezember 2012 lud der Botschafter des Belgischen Königreiches in Budapest, S.E. Herr Johan Indekeu die Mitglieder des Alumni-Verein der AUB, des Ungarischen Alumni-Verein der College of Europe, des Ungarischen Oxford and Cambridge Vereins und der Ivy League Plus zum Empfang und gegenseitigem Austausch ein. Ehrengast des Abends war der ungarische Außenminister

Herr Dr. János Martonyi, der in seiner kurzen Rede sich erfreulich zeigte die zahlreichen Versammelten begrüßen zu dürfen. Seitens der Andrássy Universität nahmen neben den Alumni auch der Rektor, Herr Prof. Dr. András Masát und der Kanzler der Universität, Herr Ákos Domahidi, LL.M. teil.

Die Gäste erfreuten sich der schönen Ambiente der belgischen Botschaft, der guten Gesellschaft und schlossen

bei gutem Wein und leckeren Happen neue Kontakte. Die AUB bedankt sich herzlich für die Einladung und den netten Abend!

Nemzeti Fejlesztési Ügynökség
www.ujszechenyiterv.gov.hu
06 40 638 638



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TÁMOP 4.1.1-08/2/KMR-2009-0011

Kurze Nachrichten

Nachrichten der Universität

Perspektiven der deutsch-ungarischen Partnerschaft im internationalen Rahmen – Klaus von Dohnanyi an der AUB

Am Donnerstag, dem 4. Oktober 2012 hielt Klaus von Dohnanyi, Bundesminister a.D. für Bildung und Wissenschaft und ehemaliger erster Bürgermeister von Hamburg an der Andrassy Universität Budapest (AUB) einen Vortrag mit dem Titel „Fazit der 20 Jahre und Zukunft der deutsch-ungarischen Zusammenarbeit“ im Rahmen der Vortragsreihe „20 Jahre Partnerschaft – Rückblick und Perspektiven“ anlässlich des 20. Jubiläums des ungarisch-deutschen Freundschaftsvertrages.

Die Veranstaltung, welche in enger Kooperation der AUB, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Budapest und des Ungarischen Außenministeriums organisiert wurde, wurde vom Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát mit der Vorstellung des Referenten eingeleitet. Anwesend waren auch der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn, Dr. Matei I. Hoffmann und der Botschafter der Republik Österreich in Ungarn, Dr. Michael Zimmermann. Dohnanyi ging ausgehend von seinen eigenen ungarischen Wurzeln auf die traditionsreichen deutsch-ungarischen Beziehungen ein. Dahingehend referierte er über die historischen



Klaus von Dohnanyi, Bundesminister a.D. über die deutsch-ungarischen Beziehungen

Verbindungspunkte nach dem Ersten Weltkrieg und schlug dann den Bogen über die jeweils unterschiedlichen Wege und Chancen nach der Auflösung der Ostblockstaaten zu den heutigen Anforderungen der beiden Nationen in Europa und der EU. Folgend ging er auf die drei Ebenen der Krise Wettbewerb, Schulden und Politik ein. So konstatierte er eine Krise der politischen Systeme in der EU. Eine feste politische Hand, welche Entscheidungen herbeiführt, sowie eine kleinteilig organisierte Gesellschaft könnten dabei eine Perspektive darstellen. Die Nationen sollten sich die Frage stellen: Wie kann eine demokratische offene Gesellschaft dem widerstehen, neue Schulden zu machen? Dabei kann kein Verzicht auf offene Grenzen oder auf den offenen Markt gefordert werden, sondern es müsste ein entsprechendes Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit dem entgegenwirken. Dieses Ziel sollte im Rahmen von gerechtem Wettbewerb, gerechten Steuern und einem flexibleren Arbeitsmarkt erreicht

werden. Eine verantwortungsvolle Politik, welche die Subsidiarität der EU neu bewertet und entsprechend an die eigenen nationalen Gegebenheiten anpasst wäre wünschenswert, so Dohnanyi. Außer den Gästen im Andrassy-Saal der Universität, waren auch Herr Zoltán Balog, Minister für Humanressourcen und Herr Gergely Pröhle, stellvertretender Staatssekretär des Außenministeriums von Ungarn gegenwärtig, welche im Anschluss an den Vortrag zur Diskussion mit dem Referenten geladen waren. Die Diskussion, moderiert von Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin des Donau-Instituts und der Doktorschule der AUB, entfaltete sich lebhaft. Das herrschende Subsidiaritätsprinzip der EU wurde dabei in Frage gestellt. Pröhle befürwortete dabei ebenfalls eine kleinteilige Organisation von Gesellschaften. Minister Balog ging folgend in seiner Argumentation vom zivilgesellschaftlichen Engagement über die teilweise unklare Mittelverteilung von EU auf die nationale Selbstständigkeit in Finanzfragen ein.



Prof. Dr. András Masát, Rektor der AUB bei der Vorstellung des Referenten

Südtirol-Tag an der AUB - Landeshauptmann Dr. Durnwalder und Dr. Rautz über Autonomie und Minderheitenschutz

Am 26. September 2012, im Rahmen des Südtirol-Tages, besuchten Gäste vom Partnerland Autonome Region Südtirol die Andrássy Universität Budapest (AUB).

Am Mittwochnachmittag konnten die Studenten der AUB die Europäische Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen (MIDAS - Minority Dailies Association) kennenlernen. Dr. Günther Rautz Generalsekretär von MIDAS und wissenschaftlicher Mitarbeiter der EURAC (Europäische Akademie Bozen - eine der Partnerinstitutionen der AUB in Südtirol) stellte die Tätigkeit und Struktur von MIDAS vor. Die Zuhörer

konnten sich mit den Tageszeitungen der europäischen Minderheiten und mit den Minderheitenfragen näher vertraut machen. Daneben wurde für sie das Praktikumsprogramm von MIDAS – MIDAS Study Visit – dargestellt.

Am Abend begrüßte die AUB Dr. Luis Durnwalder zu einem Vortrag über das friedliche Zusammenleben sprachlicher Minderheiten, deren Text Sie in dieser Ausgabe abgedruckt lesen können. Empfangen wurde der Landeshauptmann Südtirols zuerst im kleinen Kreise von AUB Rektor Prof. Dr. András Masát, den Professoren sowie den Vertretern des ungarischen Außenministeriums und der

italienischen sowie österreichischen Botschaft unter anderem von Michael Zimmermann, österreichischer Botschafter in Budapest.

Madeleine Kohl & Henriett Kovács



AUB @ Nacht der Forschung

Spielend die Vorgänge der Weltwirtschaft verstehen? Die AUB gestaltete ein ökonomisches Experiment zu der sog. „Nacht der Forschung“ in Budapest.

Am Freitagabend, dem 28. September 2012 lud die Andrássy Universität alle Interessenten ein, bei einem ökonomischen Experiment teilzunehmen.

Das Experiment befasste sich mit dem zentralen Thema der internationalen Wirtschaft, indem es in spielerischer Form die Globalisation, und die Unterschiede der Ressourcen und der innovative Technologien der Länder darstellte. In diesem Simulationsspiel vertraten die jeweiligen Gruppen drei Arten von Ländern: Entwicklungsländer, entwickelte und weniger entwickelte Länder. Die Länder, also die Gruppen, bekamen am Anfang ein ‚Paket‘ mit Geld, Ressourcen und Technologien, abhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage. Nachdem die Regeln der Verwertung bekannt gegeben waren, war das Ziel der Gruppen ihre Waren zu verkaufen und ihren Profit zu maximieren. Während des ganzen Spieles änderten sich die Preise anhand der Marktsituation und es wurden innovative Technologien



Prof. Dr. Stefan Okruch (Prorektor der AUB) und Dr. Eszter Megyeri (wissenschaftliche Mitarbeiterin AUB) mit den jungen TeilnehmerInnen beim ökonomischen Experiment

entworfen. Die Anwesenden nahmen unabhängig von Geschlecht, Alter und Bildung überaus begeistert an dem Spiel teil, produzierten fleißig, übten sich in ihrer Kreativität, in ihren Handels-, Kommunikations-, und Sprachfähigkeiten, und sammelten dabei das nur für diese Gelegenheit angefertigte Andrássy-Geld, welches sie auch als Souvenir mitnehmen durften. Das Experiment, welches vom Prorektor

der Andrássy Universität Budapest, Prof. Dr. Stefan Okruch und Dozentin, Frau Dr. Eszter Megyeri auf Englisch, Deutsch und Ungarisch geleitet wurde, endete mit einer kurzen theoretischen Zusammenfassung, einem Austausch über die verwendeten Strategien und einer Auswertung der Ergebnisse.

Jubiläumsband der AUB erschienen

Der Jubiläumsband, der anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Andrassy Universität Budapest (AUB) entstanden ist, präsentiert mit den Beiträgen von Lehrenden und Studierenden die Forschungsschwerpunkte der Universität und beleuchtet den Donauraum aus verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven. Der Band gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil finden sich

Studien aus den Forschungsbereichen der drei Fakultäten Internationale Beziehungen, Mitteleuropäische Studien und Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften sowie des interdisziplinären Donau-Instituts der Universität. Im zweiten Teil des Bandes sind die Konferenzbeiträge aus den Themenbereichen Kultur und Geschichte, Politik und Wirtschaft sowie Verfassungsrecht und

Minderheitenschutz im Donauraum verortet.

Das Werk ist der erste Band in der Schriftenreihe der Andrassy Universität Budapest: „Andrássy Studien zur Europaforschung“ (Band 1: Masát / Bos / Eckardt / Kastner / Wenger: Der Donauraum in Europa, 2013, 419 S., Broschiert, ISBN 978-3-8329-7333-9).

Tag der offenen Tür an der AUB

Der allsemesterliche Tag der offenen Tür an der AUB fand am 22. November 2012 statt. In dessen Rahmen konnte man sich wieder ganztagig am Infotisch beraten lassen.

Weiterhin fand am Morgen eine Gesprächsrunde zwischen Studierenden der AUB und Studieninteressierten statt.

Offene Lehrveranstaltungen und

Präsentationen der Fakultäten boten einen Einblick in das Universitätsleben. Bei den schriftlichen und mündlichen Probeaufnahmeprüfungen konnten die Interessierten wiederum ihre Eignung für ein Studium an der AUB feststellen. Zahlreiche Interessenten nahmen das Angebot wahr und informierten sich über die Studienmöglichkeiten,

das Bewerbungsverfahren oder die Stipendienmöglichkeiten.



Nachrichten der Fakultäten

Fakultät für Internationale Beziehungen

Dr. Gerhard Schwarz über den Fluch des Erfolgs der Schweizer Wirtschaftspolitik

Am 12. September 2012 hielt Herr Dr. Gerhard Schwarz, Direktor der liberalen Denkfabrik Avenir Suisse, im Spiegelsaal der AUB den Carl-Lutz-Vortrag zum Thema „Der Fluch des Erfolgs - Die Schattenseiten der soliden und liberalen Schweizer Wirtschaftspolitik“. Diese Vortragsreihe wird gemeinsam von der Andrassy Universität und der Schweizerischen Botschaft in Budapest organisiert. Im ersten Teil des Vortrags wurde dem Phänomen des „Wirtschaftswunders Schweiz“ nachgegangen. Dazu wurde ein ausführlicher Überblick über die gegenwärtige wirtschaftliche Situation der Schweiz gegeben. Im zweiten Teil schilderte Herr Schwarz die wichtigsten Herausforderungen für die Schweiz. Dabei ging er auf die Entstehung und Folgen der Euro-Krise sowie auf deren



Dr. Schwarz im Spiegelsaal beim Carl-Lutz-Vortrag

Wirkung auf die Schweiz ein. Im dritten Teil des Vortrags widmete sich Herr Dr. Schwarz der Frage „Was kann die Schweiz tun?“. Als Lösungsansätze nannte er die Beibehaltung der eigenen Währung, die Aufrechterhaltung der finanzpolitischen Stabilität im eigenen „Haus“, den Erhalt des flexiblen und offenen Arbeitsmarktes, sowie die Sicherung der Semi-Autonomie, welche

nur gelingen könne, wenn die Schweiz in solidarischer Weise zur Stabilisierung ihres Umfelds beitrage. Am Ende des Vortrags fand eine rege Diskussion statt, in welcher zusätzliche Aspekte des schweizerischen Erfolgsmodells vertieft, aber auch kritische Fragen zum Bank(kunden)geheimnis erörtert wurden.

Flóra Fodor, Carl-Lutz-Stipendiatin



Gesprächsrunde „Muslime in Europa“ an der AUB

Am 27. September 2012 luden das Österreichische Kulturforum Budapest (ÖKF) und die Andrássy Universität (AUB) zur ersten Hammer-Purgstall-Vorlesung in die Bibliothek des ÖKF an der AUB ein.

Vielmehr als eine Vorlesung handelte es sich dabei um eine Gesprächsrunde zum Thema „Muslime in Österreich“. Anlass für die Diskussion gab die Veröffentlichung des Buches „Muslime in Österreich“, herausgegeben von Prof. Susanne Heine (Universität Wien). Zum Auftakt stellte Frau Prof. Heine dem Publikum das Buch vor, dessen Autorschaft sie mit zwei Kollegen teilt. Dabei gab sie einen Überblick über die Geschichte des Islam in Österreich, die

de facto eine sehr lange ist, de jure aber eine noch sehr junge. Im Anschluss informierte sie über die tatsächliche statistische und lebensweltliche Situation von Muslimen in Österreich und stellte sich schließlich der Frage, ob der Islam in irgendeiner Weise eine ‚gefährliche‘ Religion sei, ein Ton der im Alltagsdiskurs leider viel zu häufig angeschlagen wird. Prof. Heine beantwortete die Frage mit der klaren Aussage, dass von der islamischen Religion keinerlei Bedrohung ausginge, da eine etwaige Gefahr allein von den Menschen ausgehen könne. Mit dieser klaren Position war ein Einstieg in die Diskussion gemacht, die dann von den Teilnehmern der Gesprächsrunde

aufgegriffen wurde. Das Panel bestand neben Frau Prof. Heine aus Frau Prof. Bos und Herrn Dr. Pállinger (beide Politikwissenschaft, AUB), Herrn Prof. Hamza (Rechtswissenschaften, ELTE; Ungarische Akademie der Wissenschaften) und Herrn Dr. Dr. Pohl (Islam- und Rechtswissenschaften, Auswärtiges Amt, AUB). Neben inhaltlichen Punkten kristallisierte sich bald heraus, dass eine zentrale Frage der heutigen Aktualität darin besteht, ob völlige Wertfreiheit in der Begegnung mit islamischen Mitbürgern tatsächlich erreichbar und wünschenswert ist.

Fabienne Gouverneur

POL&IS Seminar

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr führten in Kooperation mit der AUB ein sicherheitspolitisches Seminar an der Universität vom 27.-29. September 2012 durch. Studierende der Fakultät für Internationale Beziehungen nahmen an einer dreitägigen interaktiven Simulation für internationale Politik und Sicherheit – kurz POL&IS – teil. Die Veranstaltung zielte auf ein möglichst realitätsnahes Erlebnis ab. Die Vermittlungen von Sachkenntnissen im Bereich internationaler Beziehungen, geostrategischer Kräfteverhältnisse,

Konfliktmechanismen, sowie dem Konstrukt der vernetzten Sicherheit spielen eine ebenso wichtige Rolle, wie die Rollenübernahme politischer Entscheidungsträger und die eigenverantwortliche Konzeption ressortbezogener Grundsatprogramme auf nationaler, sowie internationaler Ebene in Form von Kooperations-, Bündnis-, und Handelsverträgen. Das interaktive Erleben von gruppodynamischen Prozessen im Team (Konflikte, Macht, Rollenerwartungen, Normen, Über-/

Unterordnung, Entscheidungs- & Kooperationsbarrieren, Vertrauen) sowie das Einüben argumentativer Rhetorik und kreativer Gestaltung bei Vorträgen, Verhandlungen, Präsentationen, Gesprächen und Diskussionen wurde durch die POL&IS Simulation ebenfalls trainiert.

Ferenc Demendi & Christian Schulte

AUB-Flashlight zu den Wahlen in den USA – U.S. Botschafter a.D. Prof. Charles Courtney zum Thema „What Will be at Stake for Europe on November 6 in America?“

Am Montagabend, dem 1. Oktober 2012, gab Botschafter a.D. Prof. Charles Courtney im Spiegelsaal der AUB einen detaillierten Blick auf die politische Lage in den USA, den Wahlkampf der Präsidentschafts- und Kongresswahlen und den möglichen Ausgang der Präsidentschaftswahlen. Als Regierungsmitarbeiter und Diplomat unter vier amerikanischen Präsidenten (Nixon, Carter, Reagan und Bush senior) kann Courtney auf eine langjährige politische Erfahrung zurückgreifen. In seinem Vortrag betonte Courtney, dass die Wahlen am 6. November die wichtigsten seit

langer Zeit seien, vielleicht sogar die wichtigsten seit der Wahl Abraham Lincolns 1860. Denn heute ist die amerikanische Gesellschaft ähnlich polarisiert über die Frage, wie das Land sich weiterentwickeln soll, wie kurz vor dem Amerikanischen Bürgerkrieg. Doch da die Präsidentschaftswahl fast schon entschieden ist (sofern nichts Unvorhergesehenes geschieht), wird sie am 6. November eher zu einer Nebensache: Die am gleichen Tag stattfindende Neuwahl des House of Representatives und eines Drittels der Sitze im Senat ist die eigentlich wichtigere Wahl, weil sie über die

politischen Spielräume des nächsten Präsidenten entscheidet. Prof. Courtney war am nächsten Tag wieder zu Gast an der AUB und sprach im Rahmen der Veranstaltung „Vergleichender Politikwissenschaft“ über die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion am Ende des kalten Krieges, über denen er als Zeitzeuge berichten konnte. Organisiert wurden die Veranstaltungen von PD. Dr. Hendrik Hansen, in Zusammenarbeit der Fakultäten IB und VSR.

Tim Kraski

Testosteron macht Politik – Dr. Karin Kneissl an der AUB

Am 16. Oktober 2012 präsentierte Dr. Karin Kneissl ihr Buch „Testosteron macht Politik“ im Rahmen der vom Österreichischen Kulturforum in Kooperation mit der Fakultät für Internationale Beziehungen der Andrássy Universität Budapest (AUB) initiierten Hammer-Purgstall Vortragsreihe in der Bibliothek des Österreichischen Kulturforums an der AUB. Das Buch mit dem provokanten

Titel stellt die Frage, ob eher Männer aufgrund ihres Hormonhaushalts dazu neigen, gesellschaftliche Umstürze in die Wege zu leiten. Nach einer Periode, in der menschliches Verhalten vor allem durch soziale Prägung erklärt wurde, geht Karin Kneissl in ihrem Buch dem Einfluss des Körpers nach.

Im Anschluss an die Buchpräsentation diskutierten Dr. Karin Kneissl, Herr Dr. Gyula Mészáros (Arzt,

Universitätsprofessor an der Universität Szeged) und Frau Judit Pach (Leiterin vom Kommunikationsbüro des Ministerpräsidenten) unter der Leitung von Herrn Dr. Zoltán Tibor Pállinger (AUB, Fakultät für Internationale Beziehungen).



Antrittsvorlesung von Prof. Franke zu den Pfeilern der Demokratie

Am Mittwoch, dem 24. Oktober 2012 hielt Prof. Dr. Siegfried Franke zum Thema „Pfeiler der Demokratie: Vertrauen und autonome Institutionen“ seine Antrittsvorlesung im Spiegelsaal der AUB. Prof. Franke, der an der AUB die Herder-Professur für Wirtschaftspolitik innehat, zog in seinem Vortrag die Verbindung

zwischen Vertrauen und den autonomen Institutionen der heutigen freien Gesellschaften, die durch die freie kapitalistische Marktwirtschaft und die freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie gekennzeichnet sind. Er stellte am Ende seines Vortrages fest, dass autonome Institutionen notwendig zur Sicherung der Gesellschaft sind,

diese jedoch interdependent mit dem Vertrauen verknüpft sind. Luhmann hat zu diesem Thema einmal gesagt, „das Vertrauen ist ein Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität“.

Benjamin Peter

Wissenschaftliches Kolloquium „Konzept des (Staats-)Bürgers“

Die Fakultät für Internationale Beziehungen der AUB ehrte am 26. Oktober 2012 ihre beiden ehemaligen Professurleiter Dr. Franz Cede und Dr. Dr. Rolf F. Krause mit einem wissenschaftlichen Kolloquium zum Thema „Konzept des (Staats-)Bürgers“. Mit seiner internationalen und interdisziplinären Prägung passte das Kolloquium hervorragend ins Profil des Studiengangs Internationale Beziehungen.

Die Anwesenden konnten einen Einblick in die neuen Herausforderungen der Staatsbürgerschaft gewinnen. Im ersten Panel ging Prof. Dr. Ellen Bos (AUB) der Frage dem „External Voting“ und dem Thema, welche Rechte die Staaten ihren im Ausland lebenden Bürgern einräumen können, nach. Danach wurden von Prof. Dr. Dietmar Meyer (AUB) und Dr. Zoltán Tibor Pállinger (AUB) aus ökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive die theoretischen Hintergründe zum Thema Bürgertum und Bürgerrechte erläutert.

Im zweiten Panel wurden von Prof. Dr. Siegfried F. Franke (AUB), Prof.



Ab jetzt Träger der Andrássy Medaille, nach der Übergabe durch den Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát (Mitte), v.l.n.r. Prof. Dr. Franz Cede und Dr. Dr. Rolf F. Krause

Dr. Stefan Okruch (AUB), Dr. Franz Cede und Dr. Dr. Rolf F. Krause ökonomische, juristische Perspektiven zum Thema diskutiert, und die bisherige allgemeine, auf Europa bezogene Sichtweise wurde auf einen breiteren Raum, auf globale Ebene ausgedehnt. In diesem Zusammenhang wurde zuerst die EU-Staatsbürgerschaft hervorgehoben, und danach die Frage, was die sonst sehr vielfältig lebenden, europäischen Menschen miteinander

verbindet, und wodurch sich die Unionsbürgerschaft legitimieren lässt. Auf globaler Ebene kamen dann solche Fragestellungen vor, wie die Problematik der Bürgerrechte von „failing-“ und „failed states“.

Der letzte Teil des Kolloquiums wurde hauptsächlich juristischen Perspektiven gewidmet. Hier wurden zuerst von Dr. David R. Wenger (AUB) die schweizerische Staatsbürgerschaft, bzw. die Staatsbürgerschaftsproblematik im

föderalen System von Prof. Dr. István Szabó (Péter Pázmány Katholische Universität) angesprochen. Danach wurde mit dem Vortrag von Dr. László Komáromi (Péter Pázmány Katholische Universität) der Kreis zum Ausgangspunkt des Kolloquiums geschlossen, indem der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft der Auslandsungarn, mit besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmung von 2004,

nachgegangen wurde. Abschließend entführte Prof. Dr. András Masát (Rektor AUB) die Anwesenden auf eine Reise in die Welt der Literatur. Er präsentierte drei literarische Perspektiven des Themas: erstens die Staatsbürger, als Träger positiver und zweitens als die von negativer Werte. Als drittes Thema gerieten dann die „Outsider“-Helden in den Fokus, die auf die zuvor angesprochene Identitätsproblematik reflektiert

haben. Im Anschluss an die Konferenz verlieh Prof. Masát an Dr. Cede und an Dr. Dr. Krause die Medaille der Andrássy Universität.

Lilla Rozsics

AUB-Flashlight zu den Parlamentswahlen in der Ukraine



Prof. Dr. Ellen Bos hielt den Vortrag zu den Parlamentswahlen in der Ukraine

Zum Anlass der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine lud die Fakultät für Internationale Beziehungen (IB) am 5. November 2012 in den Andrássy-Saal der Andrássy Universität Budapest (AUB) ein, um mit Frau Prof. Dr. Ellen Bos eine ausgewiesene Ukraine-Expertin zu

Wort kommen zu lassen. Ziel war es, dem Publikum einen Überblick über die Struktur des politischen Systems der Ukraine zu geben, vor diesem Hintergrund die jüngsten Wahlen mit ihren Ergebnissen zu beleuchten und die sich daraus für die zukünftige politische Entwicklung des Landes

ableitenden Konsequenzen zu skizzieren. In ihrer Prognose für die zukünftige Entwicklung ließ Bos nur bedingt Raum für Optimismus: Die amtierende politische Elite, die nicht vorhandene Trennung von Politik und Wirtschaft, die Spaltung des Landes in einen pro-europäisch orientierten Westen und einen russlandfreundlichen Osten – diese Hauptstrukturelemente der Ukraine werde man in den nächsten Jahren wohl nicht überwinden können. Dennoch habe gerade der letzte Punkt auch seinen Vorteil: „Die Spaltung des Landes verhindert einerseits zwar die Herausbildung eines tragfähigen Konsens‘ – andererseits sorgt sie aber für Pluralismus und verhindert den Rückfall in einen völligen Autoritarismus.“

Christoph Strauch

Dr. Ebert zur finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU

Am Mittwochabend, dem 12. Dezember 2012 sprach Dr. Werner Ebert, Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen, vor zahlreichen Gästen im Hörsaal 1. Nach einer kurzen Einführung und Vorstellung durch Prof. Dr. Martina Eckardt (AUB) begann Dr. Ebert seinen Vortrag zum Thema „Finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU – Was leistet die neue Governance?“ mit einem Rückblick

auf die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen. Dabei betonte er insbesondere das Problem der strukturellen Heterogenität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Es wurde im Anschluss an den Vortrag die Frage diskutiert, wo es denn nun, nach diesen ersten Reformen, mit der Europäischen Union hinführen solle. Wie weit können und sollten Risiken vergemeinschaftet werden? Nach

einer angeregten Diskussionsrunde, in der Dr. Ebert diese und andere Fragen mit dem Publikum erörterte, endete die Veranstaltung.

Kim Sax

Fakultät für Mitteleuropäische Studien

Das Ende einer Ära: Der Kreml und Osteuropa 1989-1991

Am 18. und 19. September 2012 durfte die Fakultät für Mitteleuropäische Studien als Gastgeber einer großen internationalen Konferenz zum Thema „Das Ende einer Ära: Der Kreml und Osteuropa 1989-1991“ fungieren, die vom Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung in Graz organisiert wurde. Mitveranstalter waren außerdem das Österreichische Kulturforum Budapest, das auch erstmals von seiner neuen Direktorin Dr. Susanne Bachfischer vertreten wurde, die Konrad-Adenauer-Stiftung und das Cold-War-History Research Center an der Corvinus Universität. Die Teilnehmerrunde war äußerst prominent besetzt. Neben Csaba Békés (Corvinus Universität, Budapest) fanden sich unter anderem

ein: Mark Kramer (Harvard University, Cambridge), Mikhail Prozumenshchikov (Russisches Staatsarchiv für Zeitgeschichte, Moskau), Stefan Karner (Ludwig Boltzmann Institut, Graz), Bogdan Musial (Kardinal Stefan Wyszyński Universität, Warschau), Iskra Baeva (Clement Ohrid Universität, Sofia), Boris Khavkin und Olga Pavlenko (Russische Staatsuniversität, Moskau), Gerhard Wettig (Institut für Zeitgeschichte, München), Thomas Wegener-Friis (Süddänische Universität). Die Konferenz war Teil einer Veranstaltungsreihe die 2013 mit einer internationalen Tagung abgeschlossen werden soll, auf der auch eine entsprechende Publikation vorgestellt werden wird.



„Kompromisse in der mitteleuropäischen Politikultur“

Anlässlich des Friedenspaktes von ‚Szatmár‘, mit dem der Rákóczi-Freiheitskampf vor 300 Jahren abgeschlossen wurde, veranstaltete das Habsburg Institut und die Fakultät für Mitteleuropäische Studien mit der Unterstützung des Österreichischen Kulturforums und der Polnischen Botschaft eine internationale Konferenz über die „Kompromisse in der mitteleuropäischen Politikultur“ am 25. September 2012.

Aufgrund dieser historischen Ereignisse prüfte die Veranstaltung die politischen Kompromisse, bzw. deren gesellschaftliche und politische Beurteilung in den vergangenen 300 Jahren bis heute. Nach der Eröffnung von Rektor András Masát haben Botschafter Michael Zimmermann (Österreich) und Roman Kowalski (Polen) die Zuhörer begrüßt. Im ersten Block sprachen die Referenten über die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Péter Tölgyessy, Verfassungsrechtler und Imre Kónya, ehem. Innenminister (1993-94) berichteten über die Gestaltung der oppositionellen Rundtischgespräche Ungarns und über die friedliche Umwandlung von



Karl Vocelka, Professor an der Universität Wien

Kommunismus zu Demokratie. János Rainer M. und Sándor M. Kiss, beide Historiker, haben die Kompromisse der Kádár-Ära erläutert. Karl Vocelka, Professor an der Universität Wien hielt seinen Vortrag über den Einfluss der Kompromissfähigkeit auf die Entwicklung der Ersten und der Zweiten Republik in Österreich. Historikerin Karin Moser ergänzte den Vortrag mit originalen Filmberichte und ging der Frage nach in wieweit die Politik der Kreisky-Ära sich auf

Kompromisse stützte und welche Ergebnisse sie dadurch erreicht hat. Die polnische Paulina Codogni und Maciej Kozminski, der 1990-96 polnischer Botschafter in Budapest war, zeigten die Wichtigkeit der Kompromissfähigkeit auch bei der Wende in Polen auf. Große Berücksichtigung fanden Kompromisse in dem geschichtlichen Rahmen der ungarisch-österreichischen Beziehungen. Der Historiker Géza Pálffy sprach über das lange 17. Jahrhundert, das viele Kompromisse

aufweisen kann und Gábor Erdődy, Geschichtspräsident, befasste sich in seinem Beitrag mit der politischen Kultur im Verlauf der Revolution 1848. András Gerő, Direktor des Habsburg Institutes beleuchtete die Bedeutung des politischen Kompromisses für den Ausgleich 1867, der schließlich

zur Doppelmonarchie führte. Das Institut für Habsburg Studien möchte die Konferenzvorträge später in Buchformat präsentieren.

Zsuzsanna Tormássy



Buchpräsentation Gerhard Seewann

Die lange und spannende Geschichte der Ungarndeutschen findet mit dem neuen zweibändigen Werk des Historikers Gerhard Seewann, Professor an der Universität Pécs eine umfassende Darstellung, die zweifellos zu einem Standardwerk werden könnte. Sewanns Buch, das das Ergebnis jahrzehntelanger Forschungen darstellt, wurde am Montag, dem 1. Oktober 2012 im Rahmen einer Veranstaltungsreihe

des Österreichischen Kulturforums Budapest in dessen Bibliothek an der Andrássy Universität Budapest vorgestellt. Die Veranstaltung musste wegen außerordentlich regem Interesse kurzfristig in den Andrássy-Saal verlegt werden. Die Präsentation übernahm der ehemalige Staatssekretär im Bildungsministerium Károly Manherz. Für die Fakultät, der Gerhard Seewann seit Jahren freundschaftlich verbunden

und auch externer Fachvertreter für Geschichte im Doktorenrat der Universität ist, war es eine Freude und Ehre Mitausrichter dieser Veranstaltungen zu sein.



Ordensverleihung an Tibor Laky



Dr. Christoph Ramoser verlieh das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst an Dr. Tibor Laky

Im Anschluss an die Buchpräsentation von Gerhard Seewann überreichte der Österreichische Botschafter Dr. Michael Zimmermann gemeinsam mit Ministerialrat Dr. Christoph Ramoser (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung) das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst an den langjährigen Bibliothekar der Andrássy Universität Budapest, Dr. Tibor Laky, der mit dem 1. Januar 2012 in Pension gegangen war. Dr. Laky, der in Szombathely aufwuchs, studierte Ende der 1950er Jahre Geschichte an der Universität Graz und fungierte anschließend über Jahrzehnte als Fachbibliothekar am dortigen Institut für Geschichte.

Nach seiner Pensionierung half

er ab der Gründung beim Aufbau unserer Universitätsbibliothek mit und organisierte ab 2010 schließlich auch die Eingliederung der Bibliothek des Österreichischen Kulturforum Budapest. Der vom österreichischen Bundespräsidenten verliehen Orden stellt ein kleines Dankeschön für die zahlreichen Verdienste dar, die sich Dr. Laky im Universitätsbibliothekswesen, besonders aber bei der steten Betreuung junger Wissenschaftler erworben hat, dar. Wir wünschen dem Ausgezeichneten Gesundheit und Freude in seinem wohlverdienten Ruhestand.

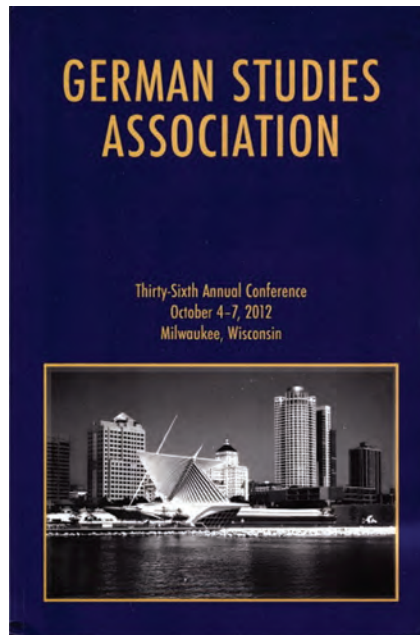
36. Konferenz der German Studies Association - Angehörige der Fakultät MES in Milwaukee

Angehörige der Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES) waren Teilnehmer bei der „Thirty-Sixth Annual Conference der German Studies Association“ (GSA) vom 4. bis 7. Oktober 2012 in Milwaukee, Wisconsin: Friederike Gollmann (AUB), Mitglied des Doktoratskollegs, referierte im Kontext ihres Dissertationsvorhabens über „Konflikte zwischen lokalen

Kräften und gesamtstaatlicher Ordnungsmacht am Beispiel Triest“ gemeinsam mit Dekan Prof. Dr. Georg Kastner (AUB), der ausgehend von seinem Forschungsprojekt über Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand über „Ideen einer Neuordnung der Habsburgermonarchie“ sprach, und Sektionsleiter Botschafter Dr. Martin Eichinger (Bundesministerium

für Europäische und Internationale Angelegenheiten, Wien), dessen Beitrag sich mit „Political Concepts for European Peace and Security“ beschäftigte. Das Panel unter dem Titel „Die Mitteleuropäische Ordnung? Ideen – Veränderungen – Folgen“ wurde von Prof. Dr. Dieter A. Binder (AUB) moderiert und kommentiert. Das Panel „Ambivalences of Jewish

Belongings in Late Nineteenth- and Early Twentieth-Century Austria“, das Professor Gary Cohen Ph.D. (University of Minnesota, Minneapolis) moderierte und kommentierte, wurde von Dr. Ursula Mindler (AUB) mit einem Beitrag über die „Perceptions of Jewish Life in Rural Areas of Western Hungary / Eastern Austria“, von Dr. Gerald Lamprecht (Karl-Franzens-Universität Graz) mit einem Beitrag über den „Jüdischen Frontkämpferbund“ der Zwischenkriegszeit als einem Ausdruck des „Austrian-Jewish Patriotism’s“ und Prof. Dr. Dieter A. Binder (AUB), der unter dem Titel „Das schmale Segment des Liberalen“ über „Jüdisches Bürgertum und Freimaurerei“ sprach, gestaltet. Im Panel „Forms and Perceptions of War Captivity in ‚Total War‘“ vertraten Georg Hoffmann (AUB), Mitglied des Doktoratskollegs, mit einem Beitrag über „Terrorfliers: Perceptions and Interpretations of War Captivity in the Context of Strategic Air War“, der aus seinem Dissertationsprojekt hervorging, und Dr. Richard Lein (AUB) mit einem Beitrag über „A Legacy of World War II: Austria and the Question of Former POWs after 1945“ unter der



Das Titelbild des Tagungsprogramms

Moderation von Prof. John Boyer, PhD (University of Chicago) die Fakultät, während Nicole Goll (AUB), Mitglied des Doktoratskollegs, im Panel „Creating and Sustaining Loyalty to a Multinational Empire at War“ ebenfalls ausgehend von ihrem Dissertationsprojekt über „Heroes Wanted: The

Construction of Ace Pilot Godwin von Brumowski in World War I Austria Hungary“ unter der Moderation von Professor Guenter Bischof, PhD (University of New Orleans) referierte. Dekan Kastner diskutierte schließlich noch bei einem Round Table gemeinsam mit Professor Evan B. Bukey (University of Arkansas), Winfried R. Garscha (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands, Wien) und Peter Black, PhD (United States Holocaust Memorial Museum, Washington) über „A Unique Resource for Scholars – The Documentation Center of the Austrian Resistance“. Besonders erfreulich war es, dass Mag. Goll, Mag. Hoffmann und Dr. Lein für die Teilnahme an der diesjährigen GSA jeweils eines der vom österreichischen Ministeriums für Europäische und Internationale Angelegenheiten in Kooperation mit dem Österreichischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung ausgeschriebenen Travel-Grants gewinnen konnten, die ihnen im Zuge der Austrian Reception von Sektionsleiter Botschafter Dr. Martin Eichtinger und MR Dr. Christoph Ramoser überreicht wurden.

Arno Niederle zur Bildungssituation von Roma in Ungarn

Die Aktualität und Relevanz des Themas der Bildungssituation von Roma/Romnija in Ungarn steht außer Frage. Bereits in der Einleitung des Vortrags von Arno Niederle am 19. November 2012 an der Andrássy Universität Budapest, welcher von Ursula Mindler (Fakultät für Mitteleuropäische Studien) organisiert und vom Österreichischen Kulturforum Budapest (ÖKF) und dem MES-Doktoratskolleg unterstützt wurde, wurden die zwei wichtigsten Ausgangspunkte der kritischen Situation in Ungarn festgestellt: Das Bildungsniveau der Roma liegt unter dem Durchschnittslevel und muss in der nahen Zukunft verbessert werden. Niederle's Meinung nach, wäre ein effizientes Monitoring erforderlich, um aus dem Teufelskreis auszurechnen zu können. Soziale Programme, Bewusstseinsprogramme, knappe Ressourcen, Anhebung des Lebensstandards und Abbau von



Arno Niederle (r.) und Moderator Stefan Benedik (l.) in der ÖKF-Bibliothek an der AUB

Segregation stellen das Land Ungarn vor neue Herausforderungen, die nach dem aktuellsten Stand erst in der fernen Zukunft sich bewältigen lassen.

Eszter Németh

Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften

Konrad-Adenauer-Vorlesung zum Europäischen Medienrecht

Vom 3. bis 6. September 2012 fand an der Fakultät VSR die diesjährige Konrad-Adenauer-Vorlesungsreihe zum Europarecht statt – das Thema in diesem Jahr war das Medienrecht in der Europäischen Union. Prof. Dr. Matthias Cornils, Inhaber des Lehrstuhls für Medienrecht, Kulturrecht und öffentliches Recht an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz gewährte den Studenten der Andrassy Universität Budapest (AUB) Einblick in die primär- und sekundärrechtlichen Garantien der Freiheit der Medien und stellte auch die deutsche Regelung dieses Rechtsgebiets vor. Wie gewohnt fand im Rahmen der Veranstaltung auch

ein öffentlicher Vortrag statt, diesmal am Mittwochabend, dem 5. September mit dem Titel „Staatsferner Rundfunk als Demokratie Voraussetzung – Das Verfassungsproblem der Rundfunkaufsicht“, wo ein breiteres Publikum über dieses, in Ungarn viel diskutierte Thema die Ausführungen von Herrn Professor Cornils anhören konnte.



Prof. Dr. Matthias Cornils, Universität Mainz

Die Grenze im Kopf - die Prägung des Denkens durch das Leben im totalitären System

Im Rahmen der Budapester Gespräche – „Europas innere und äußere ‚Grenzen‘, Grenzbetrachtungen aus deutscher und ungarischer Sicht“ hielt Frau Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig am 18. Oktober 2012 im Spiegelsaal einen Vortrag über „Die Grenze im Kopf – die Prägung des Denkens durch das Leben im totalitären System. Das Beispiel der DDR“, organisiert von den Fakultäten Internationale Beziehungen und Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften.

Die Budapester Gespräche, die an der AUB in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung seit acht Jahren durchgeführt werden, feierten mit dem Vortrag von Prof. Zehnpfennig, Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Passau, ihr 20. Jubiläum. Zehnpfennig betonte in ihrem Vortrag, dass die

„Grenze im Kopf“ Menschen weitaus nachhaltiger trennen kann, als jegliche physische Grenze es könnte. So wird auch rund 20 Jahre nach der Vereinigung Deutschlands, die Wende von einigen Bürgern der ehemaligen DDR noch immer als menschlicher und kultureller Abstieg empfunden. Den Gründen dieser Idealisierung der Vergangenheit und Dämonisierung der Gegenwart ging Zehnpfennig im Rahmen ihres Vortrags auf den Grund. Das sozialistische System in der DDR ergriff den Menschen auch von innen und prägte das Verhalten und Denken der Bürger „erfolgreich“. Die Umstellungsleistung an das liberale politische System der Bundesrepublik Deutschland nach der Wende, war für die Bürger der ehemaligen DDR daher denkbar schwer, waren sie doch jahrzehntlang die absolute Politik

gewöhnt und mussten sich nun auf die Suche nach ihrem individuellen Glück machen.

Zehnpfennig schloss den interessanten Vortrag mit der Feststellung, dass es Generationen dauern kann, bis die innere Grenze im Kopf vieler ehemaliger DDR-Bürger fallengelassen wird und dafür auch intensive Überzeugungsarbeit durch im Westen Deutschlands sozialisierte Bürger geleistet werden muss.

Benjamin Peter



Fakultätsabend VSR – Ehemaliger Verfassungsrichter Zlinszky zum Vergleich der ungarischen Verfassung mit dem neuen Grundgesetz

Am 13. November 2012 hielt der ehemalige Verfassungsrichter Prof. Dr. János Zlinszky im Andrassy-Saal einen Vortrag zum Thema „Vergleich der ehemaligen ungarischen Verfassung mit dem neuen Grundgesetz“. In seinem

Vortrag griff Prof. Zlinszky auf den reichen Wissens- und Erfahrungsschatz seiner dreißigjährigen Karriere als Hochschullehrer und seiner Arbeit als einer der ersten Verfassungsrichter Ungarns zurück. Im ersten Teil seines

Vortrags betonte Prof. Zlinszky die langjährige Tradition der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn, deren Wurzeln er bis auf die Zeit Stephans I. zurückführte. Den Kern der frühen ungarischen Rechtsstaatlichkeit



PD Dr. Hendrik Hansen, Dekan der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften mit Prof. Dr. János Zlinszky, ehemaliger Verfassungsrichter

identifizierte Prof. Zlinszky darin, dass Herrscher sich dem Recht unterordneten. „Der Herrscher wechselt, die etablierte Ordnung bleibt – das ist der Rechtsstaat“, fasste Prof. Zlinszky seine historischen Betrachtungen zusammen. Laut Prof. Zlinszky existierte die ungarische Tradition der Machtteilung zwischen Staat und Volk ungebrochen bis zum Ersten Weltkrieg. In der Zeit des Sowjetsystems gab es dahingegen keine Rechtsstaatlichkeit – das Recht war vielmehr eine Waffe der Herrschenden, um die Diktatur durchzusetzen. Erst der Systemwechsel eröffnete die Möglichkeit, zur lang gehegten Tradition der Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren.

Im zweiten Teil seines Vortrags ging Prof. Zlinszky auf die gegenwärtigen Entwicklungen der ungarischen Verfassungsgeschichte ein und setzte die alte ungarische Verfassung und das neue Grundgesetz ins Verhältnis. Laut Prof. Zlinszky war es zwar wahrscheinlich ein Irrweg, während des Systemwechsels die sozialistische Verfassung nur zu novellieren und nicht durch eine neue zu ersetzen. Doch rundheraus schlecht war die alte Verfassung für Prof. Zlinszky nicht – „man hätte sie nur einhalten müssen“. Laut Prof. Zlinszky ist es immer leicht, zu behaupten, eine Verfassung sei für die schwierige Situation eines Landes verantwortlich. Gleichzeitig schafft eine

neue Verfassung nicht automatisch eine bessere Situation. Darüber hinaus betonte er, dass es ein Fehler ist, Recht mit politischer Mehrheit zu verwechseln. Recht ist nur dann Recht, wenn es sich an Wahrem, Richtigem und an moralischen Grundsätzen ausrichtet. Die Wahrheit ist aber nicht durch Mehrheitsbeschlüsse ablösbar, sie kann nur erkannt und daraufhin in Gesetze gegossen werden. Am neuen Grundgesetz würdigte Prof. Zlinszky positiv, dass es die weit zurückreichenden ungarischen Rechtstraditionen sowie Werte wie die Familie, menschliche Toleranz und den Umweltschutz achtet. Für das neue Grundgesetz hätte sich Prof. Zlinszky allerdings „weniger Poesie und mehr Konkretum“ gewünscht. Er kritisierte vor allem, dass das Grundgesetz im Vergleich zur alten Verfassung weichere Regelungen enthält und eine weniger deutliche Gewichtung der Rechtsgüter vornimmt. Letztendlich kommt es laut Prof. Zlinszky aber auf die Rechtspraxis, die auf das neue Grundgesetz aufbaut, und auf eine wohlwollende Rechtsanwendung an – und diese sind wiederum abhängig von der inneren Einstellung derjenigen, die sie vornehmen. Für die Organisation des Abends gilt herzlichen Dank für die Studentenschaft der VSR, vor allem Fruzsina Vadász.

Tim Kraski

Nachrichten der Doktorschule

Die Europäische Union zwischen Euro-Krise und Erweiterung. Von der „Immer engeren Union“ zu differenzierter Integration? Interdisziplinärer Workshop und Podiumsdiskussion

Am 20. und 21. September 2012 stand das angesichts des anhaltenden EU-Skeptizismus politisch hoch brisante Thema „Die Europäische Union zwischen Euro-Krise und Erweiterung. Von der 'immer engeren Union' zu differenzierter Integration“ an der Andrassy Universität Budapest im Fokus einer Podiumsdiskussion und eines sich daran anschließenden internationalen Doktorandenwork-

shops. An der Podiumsdiskussion nahmen neben Dr. Christoph Schnellbach, dem Leiter des vom DAAD-geförderten Workshops, Dr. Nicolai von Ondarza von der Stiftung Wissenschaft und Politik und Dr. István Hegedüs als Präsident der Ungarischen Europa-Gesellschaft teil. Prof. Dr. Ellen Bos moderierte die spannende Diskussionsrunde. In den fünf Panels des interdisziplinären

Doktorandenworkshops mit Teilnehmern aus Ungarn, der Ukraine, Russland, Kroatien und Deutschland gab es Präsentationen und Diskussionen zu unterschiedlichen Aspekten und Dimensionen der differenzierten Integration in der Europäischen Union.



Internationaler Doktorandenworkshop im Andrássy-Saal zum EU-Skeptizismus

Internationaler Doktorandenworkshop - „Politische Kultur in der Demokratie – Herausforderungen für Politiker und Bürger“

Im Vorfeld der dreitägigen Tagung „Politische Kultur in der Demokratie – Herausforderungen für Politiker und Bürger“ fand am 10. Oktober 2012 ein von der Doktorschule im Verbund mit dem Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung organisierter, internationaler Doktorandenworkshop statt. Der Fokus des vom DAAD und dem Deutschen Auswärtigen Amt finanziell unterstützten Workshops lag – wie bei der darauffolgenden Tagung – auf den ‚weichen‘ Faktoren der politischen Kultur, wie etwa Werte und Demokratieverständnis, und griff Problemlagen aus unterschiedlichen

Perspektiven auf. Moderiert wurde der Workshop von Frau Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin des Donau-Instituts für Interdisziplinäre Forschung und der Doktorschule d, PD Dr. Hendrik Hansen, Dekan der Fakultät VSR sowie Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Dekan der Fakultät IB. Die Doktoranden der Babeş-Bolyai-Universität Klausenburg, der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und der AUB haben über Merkmale und Bedingungen der politischen Kultur diskutiert. Gefragt wurde u.a vor welchen besonderen Herausforderungen die „neuen Demokratien“ bei der Entwicklung

einer demokratischen Bürgerkultur stehen.

DAAD Deutscher Akademischer Austausch Dienst
German Academic Exchange Service



Nachrichten des Donau-Instituts

Die Herausforderungen des Liberalismus in Ungarn – Dr. Umut Korkut

Dr. Umut Korkut präsentierte am 21. September 2012 an der Andrássy Universität Budapest unter dem Titel „Liberalization challenges in Hungary: Elitism, Progressivism and Populism“ sein Buch mit einem Vortrag, in dem er die Herausforderungen des Liberalismus in Ungarn darstellte. Der aus Glasgow angereiste Referent zeigte das Aufblühen des Liberalismus als ein Phänomen in den zentral- und osteuropäischen Staaten nach der



Dr. Umut Korkut, Glasgow School for Business and Society

Wende auf. So wurde der Liberalismus in der ostmitteleuropäischen Region als ein Modernisierungskonzept angesehen, das zu Beginn der 90er Jahre half, wirtschaftlichen Irrationalismus und politischen Despotismus zu beenden. Die politischen Änderungen, die Modernisierung und die Europäisierung Ungarns hätten dann aber zu einer politischen Spaltung und Entfremdung der Bevölkerung vom Konzept des Liberalismus



beigetragen. Der von der politischen Elite kaum durchgeführte Dialog mit der Bevölkerung, wirtschaftliche Schwierigkeiten und die soziale

Ungleichheit hätten ein Aufkeimen von Konservatismus bewirkt. Das Buch von Umut Korkut wurde von Prof. Dr. András Bozóki (Central

European University) vorgestellt. Unterstützt wurde die Veranstaltung durch das Projekt TÁMOP 4.2.2/B-10/1-2010-0015.

Energiewende in Deutschland – Vision oder Zukunftsperspektive?

Prof. Dr. Manfred Fishedick, Vizepräsident des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie, besuchte am 27. September 2012 die Andrásy Universität, um über die deutsche Energiewende zu informieren. Nach einer kurzen Vorstellung des Wuppertaler Instituts und seiner Forschungsprojekte gab Herr Fishedick unter dem Titel „Energiewende in Deutschland – eine Zwischenbilanz: resultierende Herausforderungen und Chancen“ einen kurzen Überblick über den Hintergrund der politischen Entscheidungen. Dabei stellte er die substantiellen Vorarbeiten zu Energieszenarien in Deutschland sowie die Betrachtung übergeordneter



Prof. Dr. Manfred Fishedick, Vizepräsident des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie

Ziele im breiten Kontext der Energieversorgung in den Vordergrund. Fishedick betonte, die Energiewende sei keine rein deutsche Veranstaltung, sondern eingebunden

in den europäischen Kontext der EU-Klimaschutzziele. Weiterhin stellte er die deutschen Kommunen als Vorreiter der Energiewende vor, da sie durch konkrete Projekte effektive Maßnahmen vor Ort ergreifen können. Auch die bestehenden Herausforderungen sprach der Referent an: Da die Erzeugung von Energie in Zukunft verbraucherfern sein werde, sei ein Ausbau des Energienetzes zwingend notwendig, was jedoch auf starken Protest der Bevölkerung stoßen könne.



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015

Personalia

Nach dem Ende des Mandats von Dr. Zoltán Tibor Pállinger als Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen übernahm Herr Dr. Dr. Dietrich F. R. Pohl das Amt. Herr Dr. Jörg Dötsch nahm seine Arbeit nach kurzer Unterbrechung, nun als Oberassistent, wieder auf.

Die Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES) wird seit Oktober durch Frau Zsuzsanna Tormássy als Organisationsreferentin unterstützt.

Als Dekan leitet PD Dr. Hendrik Hansen die Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften. Vizedekan ist seit Anfang des Wintersemesters 2012/2013 Dr. David R. Wenger. Die Fakultät begrüßt als neuen Oberassistenten Herrn Dr. Attila Vincze.

Frau Dr. Gabriella Dobrin, LL.M. verließ im Wintersemester 2012 nach dreieinhalb jähriger Tätigkeit ihre Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für

Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften und leitet seitdem das Dezernat für Studienangelegenheiten der Verwaltung.

Die Fakultät MES verabschiedete im Wintersemester 2012 ihre Fakultätsreferentin Frau Tekla Juhász. Frau Juhász hat seitdem die Vollzeitstelle als koordinierende Leiterin des Referats für Marketing und Kommunikation inne. Ihre Position als Fakultätsreferentin übernahm Frau Zsuzsanna Pletenyik, die aus ihrem Mutterschaftsurlaub zurückkehrend die Aufgabe mit großem Enthusiasmus übernahm.

Ebenfalls aus ihrem Mutterschaftsurlaub sind zwei weitere Kolleginnen an die AUB zurückgekehrt: Frau Gyöngyi Balogh arbeitet als Referentin für das Andrásy Europa Stipendium und Frau Zita Havasy ist im Finanzreferat tätig.

Anfang des Semesters verabschiedete die Kultur- und

Dienstleistungsgesellschaft der AUB Frau Judit Frey und begrüßte ihre Nachfolgerin Frau Réka Fördös.

Ausgewählte Einblicke



„Storchenlager“ für die AUB-Erstsemesterler in Skanzon, 01.09.2012



5. Doktoritel an der AUB vergeben, Dr. Márta Fazekas, 20.09.2012



Im Zimmer des Rektors zum Besuch des Landeshauptmann von Südtirol, Dr. Luis Durnwalder, 26.09.2012



Andrássy-Geldscheine für das ökonomische Experiment bei der Nacht der Forschung, 28.09.2012



Podium bei der Konferenz „Politische Kultur in der Demokratie – Herausforderungen für Politiker und Bürger“, 11.10.2012



Fokussiertes Interesse zur Konferenz „Liebe zu alten Lasten oder Angst vor neuen Fehlern? Zur Lage des Konservatismus im 21. Jahrhundert“, 30.11.2012



Übergabe von PCs und Bildschirmen vom Rektor der AUB an die Mikulášgyár, 13.12.2012



AUB-Studierende unterstützen die Universität am Stand auf der Bildungsmesse Educatio, 18.01.2013



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

Studiere auf Deutsch
in Budapest mit dem

Andrássy Europa Stipendium!

– Masterstudiengänge:

- Europäische und Internationale Verwaltung
- Internationale Beziehungen
- International Economy and Business
- Mitteleuropäische Geschichte

– Ph.D.-Programm:

- Geschichtswissenschaft
- Politikwissenschaft
- Rechtswissenschaft
- Wirtschaftswissenschaft

Stipendiendauer: 12 Monate

Beginn: 1. September 2013

Stipendienbetrag: monatlich steuerbefreit

für Masterstudiengänge 135.000 HUF (ca. 460 EUR)

für das Ph.D.-Programm 170.000 HUF (ca. 580 EUR)

Bewerbungsfrist: 30. Juni 2013

Kontakt: europastipendium@andrassyuni.hu

www.andrassyuni.eu/europastipendium

Bewerbungen
für
"Europäische und
Internationale
Verwaltung"
werden
bevorzugt!





ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



DONAU-INSTITUT
FÜR WISSENSCHAFTLICHE KOOPERATION



DAAD

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service